

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schwanz wedelt mit dem Hund: So war es zehn Jahre lang bei Rot-Grün der Fall.

(Beifall von der CDU)

Das ist Gott sei Dank zu Ende.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir arbeiten als Partner auf Augenhöhe

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber nur, wenn der Schwanz in Augenhöhe wedelt!)

und haben die Verantwortung für die Finanzen im Land, aber auch in den Kommunen.

Deswegen haben wir einen Kurs eingeschlagen, der Konsolidierung heißt. Konsolidierung heißt auch, das eine oder andere im eigenen Haushalt zu tun. Bei der Frage der Zuweisungen an die Kommunen bedeutet das, dass es nicht die Blütenträume gibt, die man sich vielleicht vorstellen könnte. Dennoch bleibt es dabei, dass wir die Einnahmen der Kommunen steigern, ohne zu behaupten, dass die kommunale Finanzlage deswegen toll sei, Herr Jäger.

(Zuruf von der SPD)

Genauso wenig sagen wir, die Finanzlage des Landes sei inzwischen zufriedenstellend. Wir sind nur besser als zu der Zeit, zu der Sie uns das Ganze überlassen haben.

(Zuruf von der SPD)

Was die Frage der Kreditierung anbetrifft, sage ich Ihnen: Wer als Pleitier Banker spielt und gegenüber den Kommunen Kreditierungen vornimmt, diese hinterher zurückfordern will und nun so tut, als ob er das nicht gemacht hätte, wie es der Kollege sagte, der sagt mehr als die Unwahrheit. – Es ist schlichtweg nicht mehr im Bereich der Wahrhaftigkeit, was Sie tun, Herr Jäger.

(Beifall von CDU und FDP)

Das mit Fragen des § 107 zu vermengen ist schlichtweg absurd. Wir sprechen hier allein über die Frage, wie viel die Kommunen im Jahr 2007 bekommen. Für alle, die auf der Zuschauertribüne sitzen: Es sind über 900 Millionen € mehr als im Jahr 2006. – Das ist ein Erfolg dieser Regierung und dieser Regierungskoalition.

Ich darf sehr herzlich Dank für die Unterstützung sagen und bitte Sie, hier entsprechend unterstützend zu votieren. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über das **Gemeindefinanzierungsgesetz** Drucksache 14/2302. Wir stimmen über die **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3017** ab. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Damit ist die Beschlussempfehlung so **angenommen**.

Über die Rücküberweisung des GFG zur Vorbereitung der dritten Lesung werden wir morgen zusammen mit dem Haushaltsgesetz entscheiden.

Ich rufe den **Einzelplan 11** auf:

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Hierzu liegt die Beschlussempfehlung Drucksache 14/3011 vor. Außerdem liegen Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in den Nummern 21 bis 30 der Tischvorlage vor.

Wir beginnen mit der Beratung des **Teilbereichs „Arbeit und berufliche Weiterbildung“**.

Dazu hat sich Herr Schmeltzer von der SPD gemeldet. Bitte schön.

Rainer Schmeltzer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Grundlage einer Haushaltsrede zum Einzelplan des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist der Einzelplan 11. So weit die Theorie.

Schaut man sich jedoch dann das Zahlenwerk des Einzelplans 11 im Bereich Arbeit an, kommt man schnell zu der Auffassung, dass diese Rede nicht mehr als zwei Minuten dauern kann. Zwei Minuten reichen völlig aus, um darzulegen, dass Sie sich darauf konzentrieren, so viel wie eben möglich an ESF-Mitteln in Ihren Haushalt zu stellen, Herr Minister. Dies geschieht zulasten klassischer landespolitischer Arbeitsmarktpolitik. Was Sie damit verkörpern, ist nichts anderes als das Symbol eines „Europamittel-Durchlauferhitzers“.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie vermitteln ja auch den Eindruck, ESF-Mittel seien mit Landesmitteln gleichzusetzen, die Sie dann in Gutsherrenmanier im Lande verteilen können. Auch an dieser Stelle wird deutlich: Sie täuschen.

Das ist der Ausdruck Ihrer Arbeitsmarktpolitik. Sie sind es, der den Menschen mit Überschriften wie „Werkstattjahr“ oder „Ausbildung 2006“ eine aktive Arbeitsmarktpolitik vorgaukelt, doch an vielen

Stellen des Landes tatsächlich kahle Arbeitsmarktfelder hinterlassen.

Sie sagten bei der Einbringung des Haushalts am 20. September im Ausschuss:

„Die Steigerungen sind aber im Wesentlichen auf Positionen zurückzuführen, auf die das MAGS und das Land keinen Einfluss haben.“

Richtig, Herr Minister. Das unterstreicht ausdrücklich, dass Steigerungen in diesem Haushalt definitiv nicht durch Ihr Dazutun, sondern durch Einflüsse Dritter zustande gekommen sind.

Sie führten weiter aus, dass insgesamt 23 Millionen € in der Arbeitsmarktpolitik beim Anteil des Landes an der kofinanzierten EU-Förderung gespart wurden. Genau das ist das Debakel Ihrer Art von Politik. Sie ziehen sich aus der Landesverantwortung zurück, prahlen aber an anderer Stelle mit enormen ESF-Mitteln.

Die rote Laterne, die wir Ihnen anlässlich der letzten Aktuellen Stunde bereits vorgehalten haben, tragen Sie im Rahmen der Langzeitarbeitslosigkeit. Im Vergleich zu allen anderen Bundesländern beweist dies ausdrücklich, dass Sie keinerlei Initiative, geschweige denn Erfolge zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gebracht haben.

Als Lösung gegen die Langzeitarbeitslosigkeit solle – so haben Sie es einmal im Ausschuss erläutert – unter anderem das Werkstattjahr erhalten. Ich frage Sie: Wozu soll dieses Werkstattjahr, das sehr kläglich gestartet ist, noch alles erhalten? Wir können froh darüber sein, dass die Anregungen, die in der Anhörung, aber auch schon bei der Vorstellung des Werkstattjahres von der Opposition gegeben wurden, umgesetzt wurden, damit das Werkstattjahr wenigstens etwas in die Welt getragen wurde und etwas auf Zuspruch bei den jungen Menschen stößt.

Das i-Tüpfelchen, Herr Minister: Mehrmals in diesem Jahr, letztmals im August, forderten Sie dazu auf, Projekte für Arbeitslose zu initiieren, um ESF-Mittel zu binden. Was Sie dabei nicht bedacht haben, ist, dass andere in diesem Land, die mehr an aktiver Arbeitsmarktpolitik interessiert sind, Ihnen dabei einen Strich durch die Rechnung gemacht haben. So hat der Ausbildungskonsens in einer ungewohnten Einigkeit zwischen Gewerkschaftern, Arbeitgebern und Kammern deutlich gemacht, wie man im Rahmen der Ausbildungsnot tätig werden kann. Dem mussten Sie mangels eigener Konzepte folgen und somit eigenes Landesgeld in die Hand nehmen.

Da es für Sie bisher ein Fremdwort war, Arbeitspolitik mit eigenem Geld zu bestreiten, ging dies

zulasten der Langzeitarbeitslosen, der Frauen, Jugendlichen, Menschen mit Zugangshemmnissen, denen Sie durch Ihre Projektanforderung noch Hoffnung gemacht und durch den unmittelbaren Stopp zur Bewilligung von Projekten die letzten Perspektiven und den Mut unter den Füßen entzogen haben. Doch wenn Frauen und Männer vor Ort tatsächlich kommunale und regionale Verantwortung übernehmen, und das gegen die Weltanschauung des Ministers, dann schlägt ebendieser zu.

Es ist zu befürchten, dass der mutige Einsatz des Leiters der Regionalagentur in Aachen für eine aktive ehrliche Arbeitsmarktpolitik des Landes zu seiner Entlassung führt. Das, Herr Minister, ist Zentralismus in seiner brutalsten Art und Weise. Da zeigt sich das ganze soziale Gewicht des Arbeitsministers Laumann.

(Beifall von der SPD)

Da zeigt sich das Gewicht des Ministers, der ausschließlich in der Lage ist, Politik nach Gutsherrenart zu praktizieren. Da ist die Enttäuschung in den Regionen mit den Händen zu greifen. Herr Minister, ich erinnere Sie daran: Bis auf den unqualifizierten Zwischenruf in der Debatte: „Und er fliegt doch!“, haben Sie sich zu dem Vorgang bis heute an keiner Stelle geäußert. Das zeigt, was Sie für ein Gewissen bei einer solchen Art von Politik haben.

(Beifall von der SPD)

Wenn jetzt deutlich wird, dass das eine oder andere Projekt eventuell doch noch an den Start geht, dann sehe ich schon die Schlagzeilen, wie sich Minister Laumann damit brüstet, dass er neue Perspektiven für Arbeitslose durch neue Projekte schafft. Fakt ist, dass eine Bewilligung von Projekten ausschließlich dadurch zustande gekommen ist, dass ESF-Mittel seitens des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen rücküberwiesen wurden. Dies ist nicht Ihr Verdienst, Herr Minister Laumann. Das ist der Rettungsring, den Ihnen Bundesarbeitsminister Franz Müntefering zuwirft.

(Frank Sichau [SPD]: Ja, so ist es, Herr Laumann!)

Ich habe noch sehr gut die Anfrage der Kollegin Steffens im Ohr, die detailliert an das Ministerium die Bitte gerichtet hat, die bis zum 1. Oktober 2006 verausgabten Mittel im Rahmen der ESF-kofinanzierten Landesarbeitsmarktpolitik vorzulegen. Die Antwort, die Sie uns schriftlich haben zukommen lassen, ist allerdings relativ dürftig ausgefallen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das ist noch nett gesagt!)

Eine detaillierte Auflistung sieht alles vor, nicht nur Überschriften mit einigen wenigen Zahlen. Es drängt sich der Eindruck auf, dass Sie selbst nicht umfassend darüber informiert sind, was im Einzelnen mit ESF-Mitteln aus Ihrem Hause passiert. Oder, wie Kollege Garbrecht zu dem gleichen Thema am 8. November im Ausschuss formuliert hat – ich zitiere –:

„Solange die Landesregierung nicht erschöpfend über die Art der Bindung der ESF-Mittel in der auslaufenden Förderphase berichte, nähre sie die Vermutung, dass sie selbst nicht wisse, wie viele Mittel überhaupt zur Verfügung stünden. Deswegen habe sie die Programme gestoppt.“

Herr Minister, klären Sie endlich, wie der Stand der ESF-Mittel im Jahre 2006 detailliert war und wie die Zukunft hier im Detail aussehen soll. Nicht nur wir als Parlamentarier, sondern auch die Menschen draußen im Land, die Träger, die diese Projekte starten, haben ein Recht darauf. Sie sind diese Antwort bis heute im Detail schuldig geblieben.

(Beifall von der SPD)

Herr Minister, Sie sind nichts anderes als der arbeitsmarktpolitische Tauscher der gegenwärtigen Landesregierung. Sie sind – ich benutze jetzt mit Blick auf Ihr stattliches Auftreten ein schiefes Bild – die Speerspitze der Täuschung bei der Arbeitsmarktpolitik. Sie stellen sich hier im Plenum wild aufgebracht hin und erzählen den Mitgliedern des Hohen Hauses, dass in Berlin durch Sie hart und erfolgreich für die Kommunen des Landes verhandelt werde. Dann folgt die bittere Wahrheit im Verhandlungsergebnis: Andere Länder bekommen mehr als Nordrhein-Westfalen.

Sie können bis heute nicht erklären, warum trotz Ihrer „harten“ Verhandlungen Kommunen in Nordrhein-Westfalen schlechtergestellt werden als in anderen Bundesländern. Die Spitze der Täuschung ist Ihr Vorstoß zur Verlängerung des Arbeitslosengeldes I. Was Sie als sozial titulieren, ist tatsächlich der Griff in die Taschen der Familien. Sie machen den Leuten vor, dass Almosen für eine kleine Gruppe ein großer Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit ist. Ich bin schon gespannt auf Ihre Rechnung, die Sie Bundesarbeitsminister Müntefering vorlegen sollen. Ich vermute, dass Sie mit Ihrer Rechnung durch den Mathetest des kleinen Einmaleins durchfallen werden und dass all das, was wir an Befürchtungen vorgetragen haben, Zustimmung finden wird. Sie spalten die Men-

schen durch Ihren Vorstoß. Dies geht zulasten junger Menschen, junger Familien. So diktieren Sie soziale Gerechtigkeit. Das ist schäbig. Das ist Populismus. So etwas steht keiner guten Arbeitsmarktpolitik zu.

Sie können Kampagnen noch so gut organisieren: Am Ende wird die Wahrheit bei den Menschen ankommen. Die Wahrheit ist, dass Laumann und Rüttgers nicht für soziale Gerechtigkeit stehen, sondern ausschließlich für Täuschung – Täuschung, die am Ende auch in Enttäuschung bei den Wählerinnen und Wählern mündet. Sie, Herr Minister, sind das Musterexemplar für die Koalition der Täuschung und der Enttäuschung.

Hören Sie auf zu lamentieren! Beginnen Sie zum Wohle der Menschen zu regieren! Nach anderthalb Jahren muss jeder Arbeitnehmer seinen Job beherrschen. Ihre Probezeit, Herr Minister, scheint eine einmalige Ausnahmeregelung im deutschen Arbeitsrecht zu sein. Probezeitverlängerung bis zum ersten Erfolg – so lange, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann kein Arbeitsloser, kein Jugendlicher in diesem Land warten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schmeltzer. – Für die CDU spricht nun der Kollege Tenhumberg.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schmeltzer, wir alle haben gehofft, Sie würden das einhalten, was Sie gesagt haben, nämlich zwei Minuten lang zu reden. Sie haben das wie üblich nicht eingehalten, sondern acht Minuten lang gesprochen,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Neuneinviertel Minuten!)

obwohl Sie eingangs erklärt haben, dass die Arbeitsmarktpolitik Sie sprachlos mache. Dass Sie die nicht verstehen, kann ich nachvollziehen. Dass Sie in sieben dieser acht Minuten auf den Herrn Minister eingedroschen haben, ohne inhaltlich und fachlich etwas zu sagen, zeigt eben die Qualität der SPD-Politik.

(Beifall von der CDU)

Herr Schmeltzer, Sie haben völlig vergessen, wer den Laden hier an die Wand gefahren hat. Sie haben die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt vernachlässigt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dieser Minister trägt die rote Laterne! Sie reagieren seit anderthalb Jahren!)

Sie haben zugelassen, dass wir die höchsten Raten für Langzeitarbeitslose haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch!)

Sie haben tatenlos zugesehen, als keine sozialversicherungspflichtigen Jobs entstanden sind. Sie sind verantwortlich dafür, dass Ausbildungsplätze nicht in ausreichender Zahl vorhanden sind und dass die Schülerinnen und Schüler zum Teil in die Perspektivlosigkeit entlassen worden sind.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie regieren anderthalb Jahre! Reagieren Sie endlich!)

Dabei haben Sie in den vergangenen Jahren noch die Frechheit gehabt, durch Ihre Verschuldungspolitik die Handlungsfähigkeit des Landes aufs Spiel zu setzen. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Sie haben nichts dazugelernt.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Es ist gut, dass Sie dort sitzen, wo Sie jetzt sitzen, nämlich in der Opposition. Das tut dem Land gut. Wir werden zusammen mit der FDP an den Aufgaben dieses Landes arbeiten, damit wir auf einen guten Weg kommen.

(Ursula Meurer [SPD]: Zukunftsmusik!)

Das tun wir auch mit einem Arbeitsminister – das sage ich hier ganz deutlich –, der in Europa mittlerweile anerkannt ist.

(Beifall von der CDU – Lachen von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: In Europa! Der Minister selber lacht!)

– So ist das, meine Damen und Herren. Die SPD konnte die Wahrheit noch nie gut vertragen.

(Unruhe – Glocke)

Die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen geht kontinuierlich zurück.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Erstmals seit Jahren steigt die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen, Herr Schmeltzer. Das sollten Sie vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen, statt immer dazwischenzuschreiben. Nehmen Sie einmal etwas auf. Verinnerlichen Sie die Tatbestände, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, die durch eine gute Politik zustande gekommen sind.

Das zeigt auch die gestiegene Zahl der Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen. Im Oktober dieses Jahres befanden sich etwa 27.000 Arbeitslose in Fortbildungsmaßnahmen, ein Viertel mehr als im Vorjahr. Noch deutlichere Steigerungen sind bei betrieblichen Trainingsmaßnahmen festzustellen. Während zum Jahresbeginn etwa 10.000 Teilnehmer solche Angebote wahrnahmen, hat sich die Zahl der Teilnehmer bis heute verdoppelt.

Die gute Arbeitsmarktpolitik der neuen Regierung unseres Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers und unseres Arbeitsministers Karl-Josef Laumann in Verbindung mit der konjunkturellen Erholung baute die Arbeitslosigkeit sowohl bei den Hartz-IV-Empfängern und in den zehn Optionskommunen in Nordrhein-Westfalen als auch bei der Agentur für Arbeit ab. Die neue Arbeitsmarktpolitik des Landes steht unter dem Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft und sichert“ und zielt darauf ab, die Situation auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern und die Arbeitslosigkeit abzubauen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben die höchste Quote an Langzeitarbeitslosen im Vergleich zum Vorjahr!)

– Herr Schmeltzer, ich habe gedacht, Sie wollten zwei Minuten lang reden, aber jetzt quatschen Sie laufend dazwischen.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Weil Sie überhaupt nicht von den Fakten reden!)

– Daran merkt man mal wieder: Sie können noch nicht einmal nach acht Minuten zuhören.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ihnen kann man nicht zuhören, weil Sie nicht von den Fakten reden!)

Im Mittelpunkt der Arbeitsmarktpolitik stehen folgende Handlungsfelder: erstens die Entwicklung neuer Chancen für die Menschen, die besondere Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, zweitens die Weiterentwicklung der Berufsausbildung, um den Start der jungen Menschen in Ausbildung und Beruf zu verbessern, und drittens die Unterstützung von Beschäftigten und Betrieben, um ihre Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit dauerhaft zu sichern und zu erhalten.

Die Jugendarbeitslosigkeit nahm erfreulicherweise kräftig ab. Ursache hierfür sind auch die Angebote des Landes für Jüngere, die bisher auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt nicht zum Zuge kamen. In enger Kooperation mit der Agentur für Arbeit stehen berufsvorbereitende Bildungsmaß-

nahmen, Maßnahmen in außerbetrieblichen Einrichtungen, ausbildungsbegleitende Hilfen und Langzeitpraktika in der Größenordnung von über 45.000 Plätzen zur Verfügung.

(Ursula Meurer [SPD]: Alles ganz neu!)

Dass wir auf dem richtigen Weg sind, wird auch durch die aktuelle Mitteilung der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit NRW bestätigt. Nach einer langen, seit 2001 bestehenden Tal-fahrt zeigt sich der nordrhein-westfälische Arbeitsmarkt zum Jahresende 2006 im Aufwärtstrend. Die Konjunktur ist in Schwung, die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt zu, und die Prozesse in den Agenturen für Arbeit und in den Hartz-IV-Jobcentern haben sich aufgrund der tiefgreifenden Veränderungen in den vergangenen Jahren stabilisiert. Insgesamt sind das positive Zeichen für die Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes im kommenden Jahr.

(Beifall von der CDU)

Gegenüber dem Haushaltsjahr 2006 setzen wir im kommenden Jahr für die Arbeitsmarktpolitik sowie für die Aus- und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen einschließlich der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zusätzlich Mittel in Höhe von 75 Millionen € ein. Mit der Gesamtsumme von knapp 400 Millionen € kümmern wir uns insbesondere um benachteiligte Menschen, die es schwer haben, in einen Beruf oder in ein Ausbildungsverhältnis einzutreten. Im Gegensatz zur abgewählten rot-grünen Regierung reden wir die Zahlen nicht schön, sondern packen die Probleme an. Wir schieben die Menschen nicht in Warteschleifen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Wir schaffen durch das Kombilohnmodell NRW für langzeitarbeitslose Menschen, deren Chancen oft durch Defizite wie zum Beispiel Alter, Behinderung oder fehlende Berufsausbildung geschmälert sind, neue Möglichkeiten, am Arbeitsleben teilzuhaben. Ziel der Zahlung eines Kombilohns in Nordrhein-Westfalen ist es, den Menschen zu ermöglichen, ihre Existenz über Arbeit zu sichern, obwohl der erzielbare Lohn allein dies nicht zulässt. Dabei sollen reguläre Arbeitsplätze nicht verdrängt werden.

Die Weiterbildung ist eine Investition in die Zukunft. Kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärken die Innovationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Wir begrüßen, dass die Landesregierung dieses Potenzial durch die Förderung mit dem Bildungs-

scheck stärkt. Die Nachfrage nach diesen Bildungsschecks übertrifft alle Erwartungen. Das bundesweit einmalige Angebot richtet sich an kleine und mittlere Unternehmen mit maximal 250 Beschäftigten, wobei das Land die Hälfte der Kursgebühren, maximal 750 € pro Scheck, übernimmt. Damit werden berufstätige Frauen und Männer zu mehr Weiterbildung motiviert. Mit der weiteren Qualifikation erhöhen sich die Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft sowie die Chancen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt.

Grundlage des im Jahre 1996 geschlossenen und 2001 erneuerten Ausbildungskonsenses Nordrhein-Westfalen ist das Versprechen, jedem Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen, der ausgebildet werden will und kann, einen qualifizierten Ausbildungsplatz anzubieten.

Mit dem Werkstattjahr wollen wir die mehr praktisch begabten Jugendlichen ansprechen, die bisher keine Chance hatten, auf den klassischen Wegen eine Ausbildung abzuschließen oder überhaupt nur einen Ausbildungsplatz zu erhalten. Das Werkstattjahr ist mit den Partnern des Ausbildungskonsenses verabredet und bietet Jugendlichen eine echte Alternative zur bisherigen schulischen Warteschleifenpraxis. Das rein schulische Angebot wird dabei durch die Vermittlung von praktischen Fähigkeiten in Unternehmen und bei Bildungsträgern erweitert.

Wir stoppen nicht das Programm „Jugend in Arbeit plus“, wie noch von der Vorgängerregierung geplant. Wir lassen die unter 25-jährigen Langzeitarbeitslosen in einer schwierigen Situation am Arbeitsmarkt nicht allein. Mit einem Lohnkostenzuschuss ermöglichen wir auch 2007 mehreren tausend Jugendlichen die Teilnahme an diesem Programm.

Nicht jeder Jugendliche erfüllt die hohen Anforderungen einer dreieinhalbjährigen Ausbildung. Deshalb wurden neue Ausbildungsberufe mit zweijähriger Ausbildung in attraktiven Berufsfeldern geschaffen, in denen besonders praktisch orientierte Jugendliche eine Ausbildungschance erhalten. Die ersten Ergebnisse zeigen, dass nach Bestehen dieser praktischen Ausbildung 40 % der erfolgreichen Absolventen auch die ein- und zweijährige theoretische Ausbildung beginnen. Durch diese Stufung ist der Durchstieg zu einem höherwertigen Abschluss gewährleistet. Außerdem konnten durch diese neuen Ausbildungsberufe mit zweijähriger Ausbildung in den letzten zwei Jahren neue Betriebe für die Ausbildung gewonnen werden. Wir entwickeln das Programm

„Betrieb und Schule“ weiter und erhöhen dafür auch die Mittel im Haushalt.

Ich stelle abschließend fest: Es macht nicht immer Spaß, die Defizite der abgewählten rot-grünen Regierung abzuarbeiten. Wir tun dies jedoch kontinuierlich und lassen die Menschen nicht allein.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wissen die Menschen aber nicht!)

Unser Arbeitsminister setzt die entscheidenden Akzente überzeugend.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: In Überschriften!)

Unsere Arbeitsmarktpolitik ist erfolgreich

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Falsch!)

und gibt den Bürgerinnen und Bürgern neues Vertrauen. Nordrhein-Westfalen kommt wieder! – Danke.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sollten Sie einmal mit den Bürgerinnen und Bürger bereden! – Britta Altenkamp [SPD]: Advent, Advent, ein Bernhard brennt! – Heiterkeit bei der SPD – Britta Altenkamp [SPD]: Wenn ich ihn nicht so gut leiden könnte, bekäme er jetzt richtig Ärger!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Tenhumberg. – Frau Steffens spricht nun für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Tenhumberg, Sie glauben doch nicht im Ernst, was Sie gerade alles gesagt haben. Das kann ich mir bei allem, was ich von Ihnen sonst immer gehört habe – sowohl in der Opposition als auch jetzt in der Regierung – nicht vorstellen. Aber gut! Das, was Sie heute vorgetragen haben, war sozusagen das Adventsgedicht an die Landesregierung.

(Rainer Bischoff [SPD]: Genau!)

Und als das bewerten wir es auch.

Kommen wir zu den einzelnen Punkten! Ob Herr Laumann in der CDU anerkannt ist oder nicht, das müssen Sie entscheiden.

(Zurufe von der SPD: In Europa! Europa-weit!)

– Europaweit? Das glaube ich nicht, da ist bei der Definition von Europa wahrscheinlich die CDU-Fraktion gemeint gewesen. Das kann man nicht bewerten. Ich glaube auch nicht, dass das eine Rolle spielt.

Wenn man sich nämlich die Ergebnisse anschaut, die Herr Laumann bei den Forderungen, die er bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin eingebracht hat, erzielt hat, spielt er zumindest in Berlin keine Rolle, da alle Forderungen, die er vorher hier im Ausschuss angekündigt hatte, nicht umgesetzt worden sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen: Wenn er in Europa eine Rolle spielte, dann vielleicht in einem Stück, aber nicht auf der politischen Bühne, die für uns hier in Nordrhein-Westfalen relevant ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Tenhumberg, Sie haben eben die wirtschaftliche Entwicklung gelobt und gesagt, wie toll das alles ist. Ihnen ist doch wohl klar – das haben wir schon öfter diskutiert –, dass das nicht das Verdienst des Ministers hier in Nordrhein-Westfalen ist. Wir sehen dagegen, dass die Schere ganz weit auseinandergeht. Da sind diejenigen, die von diesem wirtschaftlichen Aufschwung profitieren, und diejenigen, die langzeitarbeitslos sind, diejenigen, die gering qualifiziert sind und bei weitem weniger von dem Aufschwung profitieren. Hier wären eigentlich Maßnahmen notwendig. Hier hat das Land auch eine sozialpolitische Aufgabe. Und da versagt NRW im Moment in Gänze; denn für diese Zielgruppe gibt es nichts.

Herr Laumann sagt dazu auch klar: Zielgruppenmaßnahmen für Langzeitarbeitslose sind nicht seine Aufgabe. In seinen Vorstellungen sind dafür – das hat er im Ausschuss mehrfach gesagt – die BA und die Argen mit dem Eingliederungstitel zuständig. Er hat aber alle Appelle, doch dafür zu kämpfen, dass die nicht abgerufenen Mittel der Eingliederungstitel vom Bund an die Länder fließen, bisher nicht umgesetzt. Er macht auf Bundesebene nur Geschrei – das haben wir hier auch schon mehrfach erlebt –, wenn er weiß, dass er keinen Erfolg haben wird, aber damit eine Show machen kann. Doch da, wo es wirklich um die Sache und um das Land geht, findet sein Einsatz in Berlin an der Stelle nicht statt.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn ich mir die Arbeitsmarktpolitik anschau, stelle ich fest: Das, was als Allererstes fehlt, ist eine Gesamtkonzeption. Sie liegt nicht vor. Es ist immer eine Schnellschusspolitik. Die kennen wir auch von Politikern anderer Couleur. Wir hatten hier schon des Öfteren Schnellschusspolitiker sitzen: Da läuft einer durchs Land, hat die Idee, etwas zu machen, und dann wird das umgesetzt, ob es klappt oder nicht.

Herr Laumann, wir hatten hier die Auseinandersetzung zum Werkstattjahr. In der Debatte habe ich Ihnen ganz klar gesagt: Lassen Sie uns vorher eine Anhörung machen, lassen Sie uns schauen, was verbessert werden muss. Es gibt da Defizite. – Sie haben gesagt: Wir können das alles besser. Lassen Sie es laufen! Wir machen die Anhörung später.

Wir haben die Anhörung später gemacht. Wir sind Ihrem Wunsch nachgekommen. Die Anhörung hat mich bestätigt, und Sie haben das, was ich vorher gefordert habe,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben wir gefordert!)

Monate später nachgebessert. Das hätten Sie auch schneller haben können. Das war ein ganz klarer Schnellschuss von Ihnen. Sie haben aber auch einige andere gemacht.

Sie versuchen etwa Programme auf den Tisch zu legen, bei denen es nicht um Ihr Geld geht. Das war zum Beispiel bei den Kombilohnmodellen der Fall, die Sie landauf, landab als tolle Innovation und als Ihre tolle Idee vertreten haben. Dabei sind es Elemente, die in der Arbeitsmarktpolitik immer schon vorhanden waren. Es sind also keine neuen Ideen. Das ist das Geld der Agenturen, und Sie versuchen da als Land hineinzugrätschen. Von vielen vor Ort wird sehr heftig kritisiert, dass Sie versuchen, Mittel, die anders gebunden werden sollen, zum Kombilohnmodell umzulenken. Das ist weiß Gott kein Erfolgsmodell und kein Erfolgskonzept.

Einen Punkt muss man Ihnen ganz massiv vorhalten; das ist die Frage der Transparenz. Die damalige Opposition hat immer „Transparenz, Transparenz!“ geschrien. Jetzt, wo sie an der Regierung ist, ist die Transparenz noch weniger transparent und ist es noch nebeliger, als es jemals der Fall war.

Herr Schmelzer hat es eben angesprochen: Ich habe mehrfach darum gebeten, dass wir klare Zahlen zum ESF bekommen, dass wir klare Zahlen dazu bekommen, wie viele Mittel in welche Bereiche abgeflossen sind, in welchen Bereichen Anträge in welcher Höhe gestellt und welche Anträge nicht bewilligt worden sind, damit man einen Überblick darüber bekommt, wie viel verausgabt worden ist.

Ich habe auch darum gebeten, dass wir einen Überblick über die Umsetzung der Anforderungen an die Frauenquote bekommen. Wir erhalten keine Antwort. Vielmehr sagt Laumann in der einen Ausschusssitzung: Alles kein Problem. Es ist ge-

nug Geld da. Alles, was an Anträgen vorliegt, wird bewilligt. – Kurz danach erfahren wir vom Bewilligungsstopp. Dann erfahren wir, dass die Weiterbildungsträger einen Zugriff auf die ESF-Mittel zugesagt bekommen. Gleichzeitig bekommt auf denselben Topf die Initiative „Regionen stärken Frauen“ den Zugriff versprochen. Plötzlich wird alles mit Bewilligungsstopp belegt. Da kann ich nur sagen: Ein solches Chaos hat es in dem Haus noch nie gegeben!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Deswegen noch einmal der Appell – vielleicht kann man ja die Weihnachtspause nutzen, um die Hausaufgaben zu machen, gerade damit man in die nächste Förderphase klarer und deutlicher aufgestellt hineingeht, in der Auslaufphase keine Fehler macht und so Schäden für das Land vermeidet; denn Sie wissen ja: wenn bestimmte Kriterien nicht eingehalten werden, dann können später Rückforderungen auf das Land zukommen –: Legen Sie uns bitte endlich die Zahlen vor, welche ESF-Mittel in welchen Bereichen, für welche Programme abgeflossen sind und was beantragt ist! Und legen Sie uns eine konzeptionelle Planung vor, was Sie in der Auslauffinanzierung machen und wie Sie sich das in der neuen Förderphase vorstellen! Denn sonst muss man wirklich den Eindruck haben: Selbst Sie, Herr Minister, wissen es nicht, da Sie dazu in jedem Ausschuss etwas anderes sagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir Grüne haben Ihnen eine Reihe von Vorschlägen gemacht: Wir haben in einem Antrag zum Übergang von Schule in Beruf für Jugendliche aus der Warteschleife Alternativen zur Warteschleife vorgelegt, wir haben einen Antrag für einen dauerhaft öffentlich geförderten Arbeitsmarkt nach dem Modell „Samhall“ vorgelegt, wir haben einen Antrag für haushaltsnahe Dienstleistungen vorgelegt. Wir merken: Sie versuchen immer mal wieder, vielleicht ein kleines Element aus diesen Anträgen herauszugreifen, aber in der Umsetzung hapert es an allen Ecken und Enden.

Jetzt gehen Sie auch noch hin und lassen sich beim Ausbildungskonsens ganz eindeutig über den Tisch ziehen! Anders kann man das nicht bezeichnen, wenn das Land Nordrhein-Westfalen 30 Millionen € pro Jahr über drei Jahre für 3.000 Ausbildungsplätze ausgibt, obwohl die Arbeitgeber eigentlich die Verantwortung haben, Ausbildungsplätze zu schaffen. Es gibt etliche Ideen und Modelle, wie man auch da anders hätte vorgehen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Egal, ob man eine Ausbildungsplatzumlage einführt, die Sie nicht wollen, oder ob man, wie das IAT vorschlägt, einen Ausbildungsfonds gründet, oder ob man andere Sachen macht – es gibt zahlreiche Modelle und Ideen. Aber es ist nicht Landesaufgabe, mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds die Grundaufgabe der Arbeitgeber, nämlich Ausbildungsplätze zu schaffen, zu übernehmen. Wenn Sie immer sagen, es sei Aufgabe der Argen, Angebote für Menschen, die arbeitslos sind, zu schaffen, dann kann ich nur sagen: Das Argument hinkt, wenn Sie es nicht gleichzeitig auf die Arbeitgeber anwenden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Richtig!)

Deswegen ist das aus meiner Sicht eine vollkommen verfehlte Entscheidung. Damit meine ich nicht die Entscheidung, Ausbildungsplätze zu schaffen, sondern die Entscheidung, da als Land eine solche Summe an Mitteln auszugehen.

Gleichzeitig gibt es – das haben wir heute Morgen schon mit Herrn Laschet diskutiert – für Frauen keine Angebote mehr zur Wiedereingliederung, sondern nur noch eine Hotline, bei der man, wenn man Glück hat, nach zehn Minuten Durchklicken durch das Telefonmenü an der Stelle ankommt, wo man sich beschweren kann. Das ist wie bei der Telekom: Das sind die Nachrichten, die nicht bearbeitet, sondern kontinuierlich gelöscht werden.

Was gibt es sonst noch an Arbeitsmarktpolitik bei Ihnen und in Ihrem Haus? Ich stelle fest: Es gibt nichts außer dem Vorschlag, im nächsten Jahr die Mittel noch einmal zu kürzen, weitere 41 Millionen € herauszunehmen und ins Folgejahr zu schieben. Wir brauchen im nächsten Jahr ja nicht besonders viel an Arbeitsmarktmitteln! Das ist ja nicht nötig! – Auch das halte ich für eine vollkommen falsche Entscheidung. Man hätte im nächsten Jahr mit diesen Mitteln an den Start gehen und dauerhafte Sektoren anschieben müssen, die man in den Jahren danach dann vielleicht wieder degressiv herunterfahren könnte oder bei denen die BA vielleicht in einer anderen Höhe mitfinanziert. Aber die Finanzmittel ins nächste Jahr zu schieben, weil es im Jahr danach mit den Finanzen noch schlechter werden könnte, halte ich für vollkommen falsch.

Letzter Punkt: Natürlich gehört auch der Bereich des Arbeitsschutzes zur Arbeitsmarktpolitik. Dass in Nordrhein-Westfalen der Arbeitsschutz dermaßen entwertet wird, wie das durch die Verschiebung der Verwaltungsstrukturreform der Fall sein wird, ohne dass das dem Land einen Benefit einbringt, ist, wie ich finde, die größte Niederlage des

Arbeitsministers. Ich hätte mir vorher nicht vorstellen können, dass das unter einem Minister passiert. Aber bei Herrn Laumann ist es eben passiert!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Steffens. Für die FDP spricht jetzt Herr Dr. Romberg.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Schmeltzer war wieder einmal laut – mehr, glaube ich, nicht.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank sind Sie ja leise!)

Aber Lautstärke ist mittlerweile ja ein Qualitätsmerkmal für Führungsämter in der SPD. – Da ist Herr Schmeltzer ja wieder.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich werde doch Ihre Rede nicht verpassen! Das ist das humoristische Highlight!)

– Ja, natürlich. Das finde ich ehrenwert, Herr Schmeltzer.

(Zuruf von der SPD: Nein, wissen Sie, was das ist? Das ist schmerzfrei! Das ist nicht ehrenwert! – Weiterer Zuruf von der SPD: Lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen!)

– Vorsicht, Vorsicht!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Vorsicht!)

– Herr Schmeltzer, Sie hatten Kritik an ESF-Mitteln.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben wie immer nicht zugehört! Ich hatte keine Kritik an ESF-Mitteln! – Gegenruf von der SPD: Lass es! Dann ist es schneller vorbei!)

Ich kann mich noch gut erinnern: Vor etlichen Monaten haben Sie im Ausschuss gemahnt, dass nicht ausreichend ESF-Mittel im Land abgerufen werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein!)

– Natürlich. Mit den ESF-Mitteln sind Sie eben gestartet. Es war ein Kritikpunkt, dass die Arbeitsmarktpolitik mittlerweile mit vielen ESF-Mitteln finanziert wird. Aber warum ist das denn so? Wenn man einen Schuldenberg von 113 Milliarden € übernimmt,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da ist er wieder, der Redebaustein! Nach eineinhalb Jahren

sollten Sie den Redebaustein langsam einmal austauschen!)

dann sind die finanziellen Bedingungen schlecht und die Möglichkeiten, überhaupt noch Arbeitsmarktpolitik zu machen, auf ein Minimum beschränkt. Dann sucht man natürlich nach alternativen Quellen. Verstärkt europäische Mittel abzurufen, das ist legitim und ein vernünftiger Weg, um die Haushaltskonsolidierung überhaupt hinzubekommen.

(Beifall von der CDU)

Zum Thema Langzeitarbeitslosigkeit gab es auch viel Kritik. Von Ihrer Seite, Herr Schmeltzer, hätte ich gerne noch einmal gehört, was Sie dem Bundesarbeitsminister – Sie hatten ihn ja gestern zu Gast in Ihrer Fraktion – an die Hand gegeben haben, was er auf Bundesebene einleiten soll, damit der Arbeitsmarkt flexibler wird und damit Langzeitarbeitslose auch wirklich Chancen haben, in den ersten Arbeitsmarkt hineinzukommen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das werde ich Ihnen auf die Nase binden!)

Von Ihren Ideen, das Problem Arbeitslosigkeit strukturell anzugehen, ist noch nicht viel in die Bundespolitik eingeflossen.

Frau Steffens hatte wieder den alten Hut mit der Ausbildungsplatzabgabe.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das war doch nur ein Beispiel!)

An neuen Ideen habe ich nicht so viel mitbekommen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Von Ihnen habe ich noch nie eine Idee gehört!)

Ein Schwerpunkt der schwarz-gelben Arbeitsmarktpolitik ist der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Dabei kommt der Schaffung von Arbeitsplätzen bekanntlich eine zentrale Rolle zu. Denn ohne Ausbildung haben Jugendliche immer seltener eine Chance, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit kennen wir zur Genüge. Hier wird oftmals die Grundlage gelegt für weitere Probleme, auch im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik. Dauerhafte Arbeitslosigkeit stellt eine große Belastung für seelische und körperliche Gesundheit dar. Nur wenn sinnvolle Aufgaben vorhanden sind, haben die Jugendlichen den Eindruck, dass sie in der Gesellschaft wirklich gebraucht werden.

Arbeitslosigkeit erschwert gesellschaftliche Integration, ungeachtet aller Leistungen der Sozialsysteme. Dies zu ändern, sind alle Bereiche der Gesellschaft angesprochen. Gleichwohl ist die Politik hier besonders in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten und aktiv zu werden. Daher ist es von großer Bedeutung, dass die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangegangen ist und 4.399 Ausbildungsplätze in 93 Ausbildungsberufen anbietet. Damit steht das schwarz-gelbe Bündnis besser da als die alte, die rot-grüne Landesregierung: Sie bietet 10 % mehr Ausbildungsplätze.

Obwohl bei der Zahl der Ausbildungsverträge in Nordrhein-Westfalen ein Plus von fast 5 % im Bereich der IHK und ein Plus von 3,5 % im Bereich des Handwerks zu verzeichnen ist, waren Ende September noch über 10.000 Jugendliche ohne Angebot. Bei der Hälfte handelte es sich um Altbewerber, die schon über Jahre in Schleifen „verwahrt“ wurden.

Diese Umstände erfordern es, auch neue Wege zu gehen. Jugendliche jahrelang ergebnislos in diesen Warteschleifen zu parken, entspricht nicht unserer Vorstellung für eine zukunftsorientierte Politik.

Aus diesem Grund hat die Landesregierung den Beschluss gefasst, das Sonderprogramm zur Förderung der Ausbildung aufzulegen – mit all den Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, dem Faktor Verdrängung zum Beispiel. Die Jugendlichen schließen mit den anerkannten Bildungsträgern einen Vertrag ab und erhalten eine Ausbildungsvergütung analog zum SGB III. Zur Finanzierung werden 90 Millionen € über drei Jahre – überwiegend ESF-Mittel, aber eben auch Landesmittel – bereitgestellt. Wie bereits gesagt, müssen wir aufgrund der reduzierten Fördermittel darauf achten, dass diese dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden, und zugleich einen präventiven Beitrag zur Vermeidung von späterer Arbeitslosigkeit leisten.

Hinzuweisen ist darüber hinaus auf die Entwicklungsschritte hin zu einem dritten Weg der Berufsausbildung. Diese Ausbildungsvariante, die auf Modulen aufbaut, ermöglicht gerade Jugendlichen eine Ausbildung, die Probleme mit anspruchsvoller Theorie haben. Es ist von großer Bedeutung, dass Jugendliche messbare Erfolge zeitnah in Form eines Abschlusses erzielen, der ihnen je nach persönlicher Entwicklung den Zugang zu höher qualifizierten Ausbildungsgängen eröffnet. Ein anschauliches Beispiel auf diesem Weg liefert die erste Bilanz zum neuen Ausbildungsberuf des Kfz-Service-Mechanikers.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ein Dank an Harald Schartau!)

Ja, auch Herr Schartau hat gute Dinge gemacht.

(Beifall von der SPD)

Herr Schmeltzer, es ist doch nicht so, dass die Landesregierung durchweg nur schlechte Politik macht. Die Debatte hier kommt häufig so unglaublich draußen beim Bürger an, weil pauschal immer nur Kritik zu hören ist. Wenn es überhaupt Kritikpunkte gibt, dann werden die vom Gegenüber doch viel besser angenommen, wenn man sie mit den Pluspunkten der Politik verbindet, diese auch aufzeigt und nicht immer nur ein schwarzes Bild malt. Auf die Differenzierung kommt es an, und die wird gerade in diesem Parlament noch viel zu wenig erprobt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann kann man die doch hier auch erwähnen!)

Die Zahl der Auszubildenden bei diesem zweijährigen Ausbildungsgang des Kfz-Service-Mechanikers ist seit 2004 von 301 auf 476 gestiegen. Dieser Anstieg ist erfolgt und als Ermutigung zu werten, dass derartige Maßnahmen auch angenommen werden. Jugendliche, die die Prüfung bestehen, können die anderthalbjährige Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker absolvieren. Auf diese Weise werden berufliche Sackgassen verhindert.

Gleichzeitig wird die Bildung zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit auch im höheren Lebensalter wichtig. Herr Tenhumberg hat die Bildungsschecks angesprochen, die wirklich eine Erfolgsgeschichte sind. Mehr als 40.000 Bildungsschecks wurden bis Ende Oktober vergeben. Das zeigt, dass dieses Mittel gut ankommt. Auch dafür werden hier im Land ESF-Mittel gut und sinnvoll verwandt.

Dieser Beitrag zur wachsenden Bedeutung des lebenslangen Lernens und zur Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe wird fortgesetzt. Diese Maßnahme ist ein wichtiger Schritt, um den in Zukunft drohenden Fachkräftemangel in einigen Branchen zu verhindern. Vor allem kleinere und mittlere Betriebe können davon profitieren.

Trotz aller Bemühungen ist leider noch immer ein großer Teil der Arbeitslosen dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Bei den Betroffenen handelt es sich vor allem um Menschen ohne Berufsausbildung, um ältere Menschen und um Menschen mit Behinderungen. Wir legen großen Wert darauf, dass diese Bürgerinnen und Bürger wieder aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt verdienen können. Deshalb betrachten wir die aktive Arbeitsmarktpolitik in erster Linie als Form der

Hilfe zur Selbsthilfe. Dagegen ebnet eine Mentalität, die allein auf staatliche Fürsorge setzt, den Weg in eine schleichende Bevormundung. Das Kombilohnmodell in NRW gibt diesen wenig qualifizierten, chancenlosen Menschen längerfristig die Möglichkeit, in der Gesellschaft wieder von Nutzen zu werden.

Diese konkreten Dinge hat die Landesregierung in der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt. Wichtig sind die Rahmenbedingungen, die wir natürlich aus Berlin bekommen müssen. Das, was im Moment läuft – sei es die Mehrwertsteuererhöhung oder die Erhöhung der Krankenkassenbeiträge –, schadet dem Arbeitsmarkt. Deshalb finde ich es wichtig, dass besonders auch die Opposition in Form der SPD, die sehr viel Kritik geübt hat, ihren Draht nach Berlin nutzt, um den Arbeitsmarkt in Europa wettbewerbsfähig zu machen. Davon sind wir aber noch ein gutes Stück entfernt. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Romberg. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Laumann.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Leitlinie für die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen ist: Sozial ist, was Arbeit schafft und sichert.

Wir werden uns auch weiterhin auf die bereits im Koalitionsvertrag angelegten drei zentralen Felder der Landesarbeitsmarktpolitik konzentrieren.

Das erste Handlungsfeld ist die Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang in das Berufsleben, die Erhöhung der Ausbildungschancen und der Zahl der Ausbildungsplätze. Die Landesregierung unternimmt erhebliche Anstrengungen, unseren Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu geben. Aktuell kümmern wir uns um diejenigen Jugendlichen, die am Ende des Ausbildungsjahres 2005/2006, also am 30. September, noch unversorgt waren. Natürlich gehört in diesen Zusammenhang auch das Lehrstellenprogramm für 3.000 Lehrstellen, die wir zurzeit bei überbetrieblichen Trägern organisieren. Mein Haus wird noch in diesem Jahr all den Trägern, die sich um diese Ausbildungsplätze beworben haben, die Bewilligungsbescheide zusenden, sodass wir dann in den ersten vier Wochen des neuen Jahres sehen können, wie diese Stellen mit Lehrlingen beziehungsweise Auszubildenden besetzt werden.

Wahr ist auch – das wird ja von der Opposition kritisiert –, dass ein solches Programm nicht zum

Nulltarif zu haben ist. Es kostet 30 Millionen € pro Jahr. Da wir im Regelfall von drei Jahren Lehrzeit ausgehen müssen, sind hier 90 Millionen € gebunden. Das ist – das gebe ich zu – für die Verhältnisse einer Landesarbeitsmarktpolitik eine gewaltige Summe Geld. Aber ich glaube, in der jetzigen Lehrstellensituation für junge Leute ist das alles in allem richtig und gut angelegtes Geld.

Ich glaube auch, dass es richtig ist, ein Angebot zu schaffen, das zu einer Kammerprüfung führt. Wir haben viele Angebote im Übergang von Schule in Beruf, die auf eine Lehre hin qualifizieren sollen. Aber man muss sich einmal anschauen, was dann wirklich zur Kammerprüfung führt. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich habe an der Umsetzung dieses Programms viel Freude entwickelt, weil es nach meiner Meinung ein Programm mit Hand und Fuß ist, weil es für die jungen Leute letzten Endes mit einer Gesellenprüfung, mit einer Facharbeiterprüfung abschließt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Wahrheit ist auch, dass zwei Dinge zusammengekommen sind. Das eine ist die Finanzierung dieses Programms. Herr Schmeltzer, ich gebe zu, dass das im Ausbildungskonsens geboren worden ist. Ich wette, wenn wir kein Lehrlingsprogramm gemacht hätten, würden Sie mich jetzt andauernd dafür angreifen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Klar!)

So ist das, wenn man in der Opposition ist. Jetzt machen wir ein solches Programm, jetzt werden wir auch angegriffen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, das haben wir nicht! Dafür hat Sie keiner angegriffen! – Weiterer Zuruf von der SPD: Dafür, wie Sie es machen!)

Da ich lange Oppositionspolitiker in Berlin war, weiß ich auch, wie Opposition tickt: Das ist immer so. Aber das Entscheidende ist, dass demnächst 3.000 Lehrlinge wissen, dass diese Landesregierung dafür gesorgt hat, dass sie einen Gesellenbrief bekommen können. Das ist mir viel wichtiger als das, was Sie hier dazu sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wahr ist auch,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war ja nicht wahr!)

dass wir uns in einem zeitlichen Fenster befinden: Die alte ESF-Förderphase läuft mit dem Förderjahr 2007 aus. Auf der einen Seite muss ich sicherstellen, dass wir das Geld in Nordrhein-

Westfalen ausgeben können und es nicht an Europa zurückgeben müssen. Auf der anderen Seite muss ich mit dem Geld auskommen. Deswegen war es notwendig, im Zusammenhang mit diesem Ausbildungsprogramm einen Kassensturz zu machen und zunächst einmal Bewilligungen von Projekten auszusetzen.

Jetzt ist es so – Frau Steffens hat ja nach Zahlen gefragt –, dass wir, wenn der Haushalt 2007 freigegeben ist, rund 20 Millionen € an ESF-Geld im Land zur Verfügung haben, um diese Projekte nach und nach zu bewilligen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich komme gleich dazu. – Es ist so, dass wir 19 Millionen € ESF-Mittel des Bundes bekommen haben. Das hängt damit zusammen, dass der Bund genau das gleiche Problem hat wie wir: Er muss die Mittel aus der alten Förderphase bis Ende 2007 ausgeben. Wenn er das nicht tut, muss er sie nach Europa zurückgeben. Der Bund sah sich nicht in der Lage, dieses Geld in 2007 auszugeben. Er hat es dann den Ländern angeboten. Unser Land hat zugegriffen, weil unsere Administration in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass diese 19 Millionen € in 2007 auch ablaufen.

Nehme ich beides zusammen, dann gehe ich davon aus, dass wir in den ersten zwei Monaten des kommenden Jahres, wenn der Haushalt freigegeben ist, die Projekte, soweit sie förderfähig sind, im Großen und Ganzen bewilligen können. Ich denke, das ist kurz vor Weihnachten eine wichtige Aussage auch noch einmal an die Trägerlandschaft in unserem Land.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: An die Menschen, die schon längst hätten drin sein sollen!)

Wir werden dabei auch darauf achten, dass diese Mittel regional gerecht verteilt werden.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, hier liegt noch eine Zwischenfrage von Herrn Garbrecht vor. Wollen Sie die zulassen?

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Selbstverständlich.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Garbrecht.

Günter Garbrecht (SPD): Herr Minister, ich teile ja Ihre Auffassung, dass sich die 3.000, die eine Aus-

bildung antreten werden, darüber freuen, dass sie eine Ausbildung antreten können. Aber stimmen Sie mir nicht auch zu, dass sich, wenn Sie eine andere Finanzierungsart durchgesetzt hätten – Beteiligung der Wirtschaft –, möglicherweise sogar 4.500 oder sogar 6.000 Jugendliche auf einen Ausbildungsplatz freuen könnten?

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Es ist ja kein Geheimnis, dass ich mir im Ausbildungskonsens die Förderung über die sogenannte Verbundausbildung gewünscht und mich auch dafür eingesetzt habe. Aber die Situation war die, dass die gesamte Wirtschaft – ob Handwerk, ob Industrie, egal, welche Branchen – und der DGB gesagt haben: Wenn Sie das machen, kriegen Sie die Ausbildungsplätze nicht, weil wir schon so viel machen, weil wir schon so viele Praktikumsplätze anbieten. – Ich hätte hier einmal erleben wollen, was Sie gesagt hätten, wenn wir es so gemacht und am Ende die Plätze in der Wirtschaft nicht gekriegt hätten, die wir ja für eine praxisorientierte Ausbildung brauchen. Dann hätten Sie mir wieder vorgehalten, das sei nur ein Programm und eine Luftbuchung.

Wir haben uns jetzt für diesen Weg entschieden. Die Entscheidung für dieses Programm ist gefallen. Man kann sich immer etwas anderes wünschen. Aber das wird jetzt so umgesetzt, wie es im Ausbildungskonsens abgemacht ist.

Es gibt ein weiteres Handlungsfeld, das wir bei unserer Arbeitsmarktpolitik sehr deutlich sehen müssen. Das ist das Handlungsfeld Menschen mit Behinderungen, Migranten und Ältere. Auch hier wollen wir durch die Programmlinien der Arbeitsmarktpolitik im nächsten Jahr einen Schwerpunkt setzen.

Das dritte Handlungsfeld ist die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Unternehmen. Mit der Potenzial- und Arbeitszeitberatung werden wir auch künftig präventiv dafür sorgen, dass Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig und damit zukunftssicher werden. Bedarfsgerecht fortführen werden wir auch die Programme „Bildungsscheck“ und „Beschäftigungstransfer“.

Die Mittelansätze der nordrhein-westfälischen Arbeitspolitik werden heute und auch künftig durch den Europäischen Sozialfonds unterstützt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Unterstützt“ ist gut!)

Zwar werden wir ab 2007 mit Beginn der neuen EU-Förderphase nur noch etwas mehr als die Hälfte der Mittel, ca. 680 Millionen €, zur Verfü-

gung haben; aber ich will versuchen, deutliche Akzente zu setzen.

Am 19. Dezember haben wir als einen weiteren Schritt des Planungsprozesses bei der Erstellung des neuen operationellen Programms 2007 bis 2013 mit den beteiligten Wirtschafts- und Sozialpartnern und den kommunalen Spitzenverbänden die Schwerpunktsetzung hinsichtlich des Einsatzes der Mittel des Europäischen Sozialfonds in Nordrhein-Westfalen in der neuen Förderphase diskutiert. Erfreulicherweise ist festzustellen, dass wir zu den Grundzügen unseres Operationsprogramms für den Europäischen Sozialfonds weitestgehende Zustimmung erhalten haben.

Die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen muss eine erkennbare Ausrichtung haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sehen wir auch so!)

Sie soll sich auf klare Programme und Programmlinien stützen und bei den einzelnen Menschen und Unternehmen ankommen. So beabsichtigen wir, in 2007 insbesondere folgende Programmlinien weiter bedarfsgerecht zu fördern: das Programm Werkstattjahr mit rund 25 Millionen € – darin haben wir knapp 6.000 Leute –, das Programm „BUS“ mit 5 Millionen €, den dritten Weg der Berufsausbildung, also die mondiale Berufsausbildung für diejenigen, die in Theorie schwach sind, aber praktisch schon einiges können, mit rund 10 Millionen €, die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung mit 15,5 Millionen €, die Potenzial- und Arbeitszeitberatung mit 7,2 Millionen € und unter besonderer Berücksichtigung des Themas Gesundheit bei der Arbeit das Bildungsscheckprogramm mit 15 Millionen €. Der Bildungsscheck ist mit 40.000 verteilten Bildungsangeboten in der beruflichen Bildung nun wirklich eine Erfolgsstory in der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland.

(Beifall von der CDU)

Der Bildungsscheck der Bundesagentur in ganz Deutschland liegt bei 6.000. Mir wird immer vorgehalten, ich hätte zu wenig Landesmittel in der Arbeitsmarktpolitik. Es ist doch schlau, ESF-Mittel mit einer privaten Kofinanzierung zusammenzuführen und nicht alles über Steuergelder zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen schließlich die Schulden aus Ihrer Zeit begrenzen und abbezahlen.

Wir wollen weiterhin die Integration besonderer Zielgruppen. Das Programm „Jugend in Arbeit“

wird mit 24,5 Millionen € eingeplant, die Angebote für schwerbehinderte Menschen, Migrantinnen und Migranten mit 4,6 Millionen €. Gleichzeitig wird die Beteiligung aller relevanten arbeitsmarktpolitischen Akteure in der Region weiterhin eine wichtige Grundlage für die Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen sein. Vertreter der Arbeitsgemeinschaften der Optionskommunen werden deshalb Mitglieder der regionalen Entscheidungsgremien, damit die Interessen der NRW-Arbeitsmarktpolitikprojekte noch mehr als bisher sinnvoll koordiniert und optimiert durchgeführt werden können. Die Arbeit der Regionalagenturen muss in den Regionen unterstützt und flankiert werden, um zukünftig ihre Wirksamkeit zu verbessern. Qualitätskontrolle, Qualitätssicherung und Transparenz sollen auch künftig neben der regionalen Bewertung von Projekten die entscheidenden Kriterien für eine optimierte regionale Arbeitsmarktpolitik sein.

Ich glaube, dass wir mit diesem Programm, das wir mit dem Haushalt hinterlegen – ein Haushalt ist dazu da, politische Programme umzusetzen –, für die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen gut liegen, dass wir der nordrhein-westfälischen Arbeitsmarktpolitik Konturen und damit auch ein Gesicht geben. Dass die Opposition die ein oder andere Kontur nicht leiden kann, das mag so sein. Aber das bestärkt mich, dass ich auf dem richtigen Weg bin. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zum **Teilbereich „Gesundheit und Soziales“**.

Die erste Wortmeldung hierzu liegt von Herrn Bischoff von der SPD-Fraktion vor.

Rainer Bischoff (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erste Vorbemerkung: Die Haushaltsvorlage zum Thema Gesundheit und Soziales ist aus unserer Sicht von verschiedenen Entwicklungen geprägt. In vielen Teilbereichen schreibt die Landesregierung in groben Zügen die Arbeit der Vorgängerregierung fort. Das ist eine positiv kontinuierliche Entwicklung. Allerdings ist auch im zweiten Jahr Ihrer Regierungszeit nicht zu erkennen, dass es strukturell vorwärts weisende neue Schwerpunkte gäbe.

Zweite Vorbemerkung: Nach den Kahlschlagkürzungen im vergangenen Jahr, Herr Minister Lau-

mann, wo Sie eine Vielzahl von kleinen sozialen Einrichtungen zerstört haben – ich erinnere an die Koordinierungsstelle „Frauen und Gesundheit“, an die Krebsberatungsstellen in NRW –, haben Sie entgegen Ihren Versprechungen keinerlei Ersatz geschaffen. Der Haushalt 2007 sieht nichts vor, um diese wichtigen Einrichtungen, die Sie im letzten Jahr zerschlagen haben, durch Ersatz zu reaktivieren.

Der dritte Punkt: In anderen Bereichen haben Sie haushaltspolitisch und inhaltlich Flickschusterei betrieben – mit verheerenden Folgen für die Betroffenen. Ich werde gleich noch zu den Themen „Spiel 77 – Auswirkungen auf die Destinatäre“ und „Kommunalisierung bei Drogenberatung und Aids“ ausführen.

Der vierte Punkt ist, dass Sie im letzten Jahr zum Teil hektische Versuche unternommen haben, Ihre Fehler zu korrigieren, zum Beispiel bei der Krankenhausfinanzierung, bei der Stiftung Wohlfahrtspflege und auch beim Maßregelvollzug. Auch darauf werde ich gleich noch verstärkt eingehen.

Gesamtbewertung bereits am Anfang: Trotz versuchter Kontinuität mit der Vorgängerregierung ist Ihre Gesundheits- und Sozialpolitik wesentlich schlechter. Schlimmer noch: In vielen Bereichen wird die Landesregierung nicht mehr als verlässlicher Partner gesehen, sondern als jemand, der stets oder oft zu kurz springt.

(Beifall von der SPD)

Großen Worten des Sozial- und Gesundheitsministers folgen regelmäßig erschreckend kleine und unausgeglichene Taten, die er dann auch noch häufig korrigieren muss.

Herr Laumann, als Tiger springen und als Bettvorleger landen, das sollte man nicht allzu oft tun. Es scheint, die gesundheits- und sozialpolitische Fachöffentlichkeit in Nordrhein-Westfalen hat das während Ihrer Amtszeit schon ein paar Mal zu viel wahrgenommen.

(Beifall von der SPD)

Ich will die Aussagen im Einzelnen belegen. Zu den positiven Rollen rückwärts, wo Sie also wieder gut zurückgefunden haben, gehören die Themen Maßregelvollzug und Stiftung Wohlfahrtspflege. Im Sommer sind Sie im Bereich des Maßregelvollzugs wie ein Elefant im Porzellanladen erschienen, haben die Einrichtungen besucht und haben denen erklärt, dass Sie massiv an die Strukturen der Einrichtungen wollen, haben Einrichtungen, Träger, Beschäftigte, das Umfeld und

die Bürgerinnen und Bürger des Landes ohne Not und ohne Grund verunsichert.

(Minister Karl-Josef Laumann: Oh Gott, oh Gott!)

– Oh Gott, oh Gott. Ja, das haben Sie so gemacht. – Nach massiven Protesten, auch von der Opposition, sind Sie dann eingeknickt, sodass der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf das Konzept der Vorgängerregierung in wesentlichen Punkten fortschreibt. Das ist gut so, und das ist auch akzeptabel. Als Tiger gesprungen, als Bettvorleger gelandet! Das habe ich eben schon gesagt.

Ähnlich im Fall Stiftung Wohlfahrtspflege: Zunächst Ihre Zusage an die Verbände, 25 Millionen € für die Stiftung Wohlfahrtspflege bereitzustellen. Verfahren wie oben: mächtiger Druck, auch der Opposition, der Öffentlichkeit. In dem Fall hat auch die CDU-Fraktion ihr Gutes dazu beigetragen. Alle Fraktionen des Landes haben dazu beigetragen, dass Sie Ihre Versprechen jetzt endlich halten, dass Sie als Sozialminister verlässlich werden, was Sie im Vorfeld nicht gewesen sind.

Herr Minister Laumann, dass wir uns da richtig verstehen: Auch Minister dürfen täglich klüger werden und dürfen täglich dazulernen. Keine Frage!

(Zuruf von der CDU: Nicht nur Sie!)

Nur: Verlässlichkeit in der Gesundheits- und Sozialpolitik sieht ein bisschen anders aus. Ein Dauerzustand sollte es doch wohl nicht werden, dass der Minister immer erst ganz spät dazulernt.

Dasselbe Spiel bei der Krankenhausfinanzierung: Ihr Investitionsstopp von 2005 ist Legende. Ich will nicht wiederholen: Elefant im Porzellanladen, mächtiger Auftrieb der Fachöffentlichkeit, das ganze Land auf den Kopf gestellt, mächtiger Druck.

Für das Jahr 2007 gibt es nun einen ähnlichen Haushaltsansatz wie für das Jahr 2005. Sie haben also wieder dazugelernt. Dafür haben Sie ein ganzes Jahr gebraucht. Ein ganzes Jahr lang haben Sie gelernt und dann festgestellt, dass genau das, was vorher gemacht worden ist, richtig war.

Leider haben wir die Konsequenzen immer noch zu spüren. Der Antragstau nach dem Investitionsstopp von 2005 schädigt natürlich immer noch die Krankenhauslandschaft in NRW. Es gibt durch die Fehler des Ministers nun doppelt so viele Anträge. Der Minister hat dann einen Kriterienkatalog vorgelegt, den ich nicht selber kommentieren möchte, Herr Laumann, sondern ich möchte Ihnen ei-

nen Satz vorlesen, was die Krankenhausgesellschaft NRW zu diesem Kriterienkatalog im Oktober 2006 geschrieben hat:

„Die vorliegenden Kriterien für das Investitionsprogramm 2007, an deren Ausgestaltung die KG NRW als an der Krankenhausversorgung Beteiligter hätte mitwirken müssen, sind in weiten Teilen nicht sachgerecht und nicht tauglich, ein transparentes und nachvollziehbares Verfahren zu gewährleisten.“

Wenn ich viel Zeit hätte, würde ich Ihnen alles vorlesen. Ich empfehle Ihnen die Seiten 9 bis 22. Auf 13 Seiten nimmt Ihnen die Krankenhausgesellschaft NRW Ihre Kriterien von oben bis unten auseinander. Sie hat ein bisschen höflicher formuliert als ich, nämlich „untauglich“, „überhaupt nicht sachgerecht“. Ich sage: „Willkür“, „Minister will steuern, wo er das nicht darf“, „Elefant im Porzellanladen“. Es ist in fast allen Themenfeldern, die Sie neu angepackt haben, immer wieder dasselbe Bild.

Darüber hinaus haben Sie im Bereich Krankenhaus ein sogenanntes Krankenhausportal in den Haushalt eingebracht. Die ganze Fachwelt fragt sich, was das ist und was das soll. Der Zweck ist völlig unklar. Niemand weiß, wofür das gut ist. Die einzige Erklärung lautet: Der Minister lässt sich von seiner Fraktion ein Spielgeld in Höhe von 40 Millionen € genehmigen, mit dem er durch das Land gehen und Wohltaten verteilen kann. Eine andere Erklärung habe ich nicht. Sie können das ja gleich korrigieren, wenn das nicht stimmt.

(Minister Karl-Josef Laumann: Das ist auch gut so!)

– Das ist gut so, wenn man Minister ist. – Das ist Beliebigkeit und keine verlässliche und vor allem keine berechenbare und transparente Sozial- und Gesundheitspolitik. Das ist Public Relation als Ersatz für glaubwürdige und verlässliche Politik. Das finden Sie gut, wie ich gerade Ihrem Zwischenruf entnommen habe.

Ähnliches haben wir bei der Verteilung der Mittel aus dem „Spiel 77“. Die Mittel für die Destinatäre nicht nur im Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales sollen über den Haushalt laufen. Hierfür gibt es wechselnde Begründungen – das ist abenteuerlich –: Zunächst hieß es, es sei eine Vorgabe des Landesrechnungshofes. Dann wurde gesagt, es seien juristische Notwendigkeiten. In einem Moment der Ehrlichkeit haben Sie, Herr Minister Laumann, im Ausschuss vorgetragen, es sei schlichtweg der politische Wille der Landesregierung; das ist im Protokoll nachzulesen.

Was ist denn nun der wahre Grund? – Ich ahne es: Es ist der politische Wille der Landesregierung. Das Ergebnis ist eine völlig verworrene Situation für die Destinatäre, für die Verbände, die das Geld weitergeben müssen. Juristische Auseinandersetzungen stehen noch bevor. Das Verfahren läuft zum Schaden der Menschen in NRW, die Zuwendungen aus diesem Topf benötigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Letzter Aspekt aus dieser Reihe von Fehlern, die Ihnen unterlaufen und die Sie immer wieder hektisch korrigieren müssen: die Kommunalisierung der Aids- und Drogenberatung. Ich habe das Ausschussprotokoll zu diesem Thema mitgebracht. Aus Zeitgründen werde ich das nicht vortragen, aber ich kann es belegen: In unserer Ausschusssitzung am 8. November sind Sie nicht nur am Rande der Wahrheit gewesen, sondern Sie haben schlichtweg durch Ihre Abteilungsleiterin, aber in Ihrer Anwesenheit – mit Verlaub gesagt – die Unwahrheit dargestellt und weiter verbreitet. Auf mehrere Fragen der Abgeordneten Steffens und meiner Wenigkeit, ob die Zustimmung der Verbände vorliege, haben Sie immer wieder erläutert, dass die Verbände mit einer Kommunalisierung einverstanden seien.

(Frank Sichau [SPD]: Das stimmt nicht!)

– Genau, das stimmt nicht; ich bedanke mich für den Zwischenruf. – Dies hat auch der Minister ausgeführt, der uns mit Schreiben vom 12. Dezember angeschrieben hat. Er schreibt, generell würde man das unterstützen, aber man sehe noch Klärungsbedarf. Das Ganze ist etwa sieben Wochen nach der Ausschusssitzung geschehen, in der den Abgeordneten das Gegenteil vorgegaukelt worden ist. Das kann ich Ihnen per Wortprotokoll belegen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt frage ich mich, was Sie eigentlich den Abgeordneten erzählen.

Ich habe versäumt, auf das Flugblatt der Aidshilfe vom 7. Dezember hinzuweisen, dessen Überschrift lautet: „Verlust von Zielorientierung, Effizienz und Infrastruktur droht“. Das ist der Verband, von dem Sie behauptet haben, er wäre grundsätzlich mit Ihrer Politik einverstanden.

Das Ziel in der Ausschusssitzung war schlichtweg, den Druck auf die Verbände zu erhöhen. Man wollte einen vorausseilenden Gehorsam der Abgeordneten haben, was die Oppositionsparteien abgelehnt, zum Teil als lächerlich dargestellt haben. Das ist auch nach wie vor der Fall. Nebenbei, Herr Minister: Das Vorgehen ist sachlich

völlig unbegründet. Es ist vor allem vom Zeitrahmen her überhaupt nicht notwendig, in einem solchen Galopp vorzugehen.

(Beifall von der SPD)

Man kann diese Kommunalisierung machen, aber hierfür sollte man sich ein halbes Jahr Zeit nehmen. Sie wechseln im Grunde gegen die Voten der Verbände während der Autofahrt die Reifen und bringen damit wiederum die gesamte Fachöffentlichkeit gegen sich auf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fazit – ich habe nur noch wenig Redezeit –: Die Arbeit der Vorgängerregierung in der Gesundheits- und Sozialpolitik fortzusetzen, ist gut und richtig. Das tut die neue Landesregierung allerdings nicht in allen Punkten. Wo sie das nicht tut, arbeitet sie fehlerhaft. Das habe ich gerade bewiesen. Sie zerstört das Vertrauen der dauerhaften Partner. Darüber hinaus ist Ihre Gesundheits- und Sozialpolitik zum Teil unberechenbar. In vielen Punkten greift Ihre Politik zu kurz. Großen Ankündigungen des Ministers folgen viel zu wenige und viel zu kleine Taten.

Über die Taten und Fakten beraten wir heute. Diese sind wesentlich zu kurz gesprungen. Sie entsprechen nicht Ihren Ankündigungen. Deshalb werden wir selbstverständlich den Einzelplan 11 für den Bereich Gesundheit und Soziales ablehnen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Bischoff. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Frau Monheim.

Ursula Monheim (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Bischoff, wenn ich Ihren Beitrag auf mich wirken lasse, dann kann ich es wirklich nur bewundern, mit welcher Akribie Sie Punkte zusammengesucht haben, um den vorgelegten Haushaltsplanentwurf als Flickschusterei und Zick-Zack-Kurs zu deuten.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das war nicht so schwer!)

Es wird Sie nicht verwundern, dass wir Ihre Einschätzung überhaupt nicht teilen. Im Gegenteil: Wenn ich die Beratungen in der heutigen zweiten Lesung des Haushalts 2007 mit den Debatten zum Haushalt 2006 vergleiche, dann stelle ich fest: Bei aller notwendigen Konsolidierung des Haushalts, die wir als Soziale mit voller Überzeu-

gung mittragen, sieht der Entwurf für 2007 im Bereich Gesundheit und Soziales – um den geht es hier – keine wesentlichen Kürzungen vor.

Mehr noch: Einige politische Schwerpunkte sind komplett von Einsparungen ausgenommen. Dazu zählen wie auch schon im Jahre 2006 Maßnahmen für Menschen mit Behinderung und

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Stimmt doch nicht!)

Präventionsmaßnahmen im Bereich Gesundheit, die vor allem bei Kindern und Jugendlichen einsetzen. Auch die Hilfen für pflegebedürftige Menschen und für alte und demenziell erkrankte Menschen stehen im Jahr 2007 ungeschmälert zur Verfügung. An den Stellen, die auch uns als CDU-Fraktion beim Haushalt 2006 Schmerzen bereitet haben, wurden Kürzungen und Einschränkungen zurückgenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollege, heute steht ein Haushaltsentwurf zur Debatte und zur Abstimmung, der in den so sensiblen Bereichen Gesundheit und Soziales die Balance hält zwischen wirtschaftlich verantwortbaren und sozial gerechten Entscheidungen. Ohne Zweifel – da gebe ich natürlich Herrn Bischoff Recht – kann man sich immer mehr wünschen. Das haben die Änderungsanträge der Oppositionsfractionen in den Ausschussberatungen und auch heute zur zweiten Lesung deutlich gemacht.

Wie beim letzten Haushalt konzentrieren sie sich wiederum auf Themenfelder, über die – das will ich gerne zugestehen – eine Diskussion allemal lohnt, denen wir aber deswegen nicht zustimmen können, weil die Anträge ohne seriöse Deckung geblieben sind und somit die Landesverschuldung weiter nach vorne treiben würden. Mit Ausnahme eines Antrages, auf den ich gleich noch zu sprechen komme, ist unsere Ablehnung dessen, was Sie vorlegen, darum eindeutig und leicht nachvollziehbar.

Ich bin überzeugt, dass wir mit unserer Politik die Zukunftsfähigkeit unseres Landes stärken, und zwar im Interesse der Menschen.

(Beifall von Bernhard Tenhumberg [CDU])

Ich will einige Schwerpunkte herausgreifen, die ich als eine Entwicklung und nicht als einen Zickzackkurs sehe: Der Sucht- und Drogenbereich und die Bekämpfung der Immunschwäche Aids sind von Mittelkürzungen – das wissen Sie ganz genau – vollständig ausgenommen. Das heißt, die konkrete Arbeit für die und mit den Betroffenen im Kernbereich der örtlichen Suchthilfe-Infrastruktur bleibt erhalten.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Wer sagt das denn?)

Uns als CDU ist es wichtig, dass zum Beispiel die zielgruppenspezifische Aidsprävention in vollem Umfang weiterläuft. Uns ist wichtig, dass es am Youth-Worker-Programm keine Abstriche gibt und dass die Landeskampagne zur Suchtprävention weiter fortgeführt wird.

Heftige Debatten und Nachfragen – darauf hat Herr Bischoff schon hingewiesen – gab es in der Tat im Fachausschuss über die geplante strukturelle Änderung.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Ab 2007 sollen zur Verfügung stehende Mittel direkt an die Kommunen als fachbezogene Pauschalen gezahlt werden. Im Ausschuss ist uns sehr wohl gesagt worden, dass es zwar ein grundsätzliches Einvernehmen aller Betroffenen gibt, aber dass Detailfragen weiterhin offen sind.

(Rainer Bischoff [SPD]: Das stimmt aber nicht!)

– Da liegen unsere Einschätzungen sicherlich auseinander. Wir werden das auch noch weiter diskutieren. Nur weise ich zurück, dass Sie sagen, wir hätten im Ausschuss nicht klar den Hinweis bekommen, dass Detailfragen durchaus noch in der Klärung seien. Das will ich deutlich machen.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Es geht nicht um Detailfragen; es geht um die grundsätzliche Frage!)

Ich teile Ihre Bedenken und grundsätzlichen Vorbehalte nicht: Immer, wenn Aufgaben auf die Kommunen übertragen werden, haben Sie die Sorge, eine zielgenaue und gute Verwendung von Mitteln sei nicht mehr gegeben. Wir stehen vielmehr auf dem Standpunkt, dass gerade vor Ort die Kenntnis dessen, was nötig ist, besser ist, als wenn wir das von oben steuern.

(Beifall von CDU und FDP – Minister Dr. Ingo Wolf: Genau so! Genau richtig!)

Ein weiterer Punkt ist der Krankenhausbereich. Dort wird es im Gegensatz zu 2007 wieder ein Investitionsprogramm geben. Nach wie vor stehen 170 Millionen € für die Finanzierung bereits bewilligter Baumaßnahmen zur Verfügung. Für neue Maßnahmen sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 100 Millionen € vorgesehen.

Daneben gibt es ein Sonderprogramm 2007 für herausragende Projekte. Ausgestattet ist dieses Programm mit Barmitteln in Höhe von 40 Millionen € und Verpflichtungsermächtigungen von

20 Millionen €. Für beide Bereiche, für die Neuinvestitionen und für das Sonderprogramm, werden Förderungen nach Kriterien vergeben. Herr Bischoff, hören Sie gut zu: Dazu ist sehr deutlich gesagt worden, dass es diese Kriterien immer gegeben hat.

(Widerspruch von Barbara Steffens [GRÜNE] – Bernhard Tenhumberg [CDU]: Lesen, lesen!)

Sie sind nur erstmals zusammengefasst worden, um die Vergabe transparenter zu machen.

(Britta Altenkamp [SPD]: In der „Bild-Zeitung“ steht die Wahrheit! – Zuruf von Rainer Bischoff [SPD])

– Das muss man nachlesen! Diese Kriterien haben ein Ziel: Sie sollen die Förderung an Krankenhäuser geben, die langfristig eine überlebensfähige Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen sichern helfen. Angesichts der Altlasten bei den Krankenhausinvestitionen, die aufgrund der Verschuldungspolitik der Vorgängerregierung entstanden sind, ist dieser Kraftakt allerdings nur möglich, weil die Kommunen wie in anderen Bundesländern stärker an den Kosten für die Investitionen beteiligt werden.

(Frank Sichau [SPD]: Die haben auch so viel Geld!)

– Das Land hat noch weniger.

(Frank Sichau [SPD]: Das kann nicht sein!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in einem Punkt konnten wir als CDU-Fraktion den Haushaltsentwurf 2007 nicht mittragen, nämlich beim Zuschuss für die Stiftung Wohlfahrtspflege in Höhe von 20 Millionen €. Wir haben diese Position immer deutlich gemacht. Der Ansatz ist gegenüber 2006 zwar eine Erhöhung, aber immer noch nicht ausreichend, um die Zielsetzung der Stiftung erfüllen zu können. In dieser Einschätzung stimmen wir mit den Änderungsanträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen überein.

Wir sind deshalb sehr erleichtert, dass es uns gelungen ist, die Stiftung auch im kommenden Jahr mit ausreichenden Finanzmitteln in Höhe von ca. 26 Millionen € auszustatten, damit sie den wachsenden Ansprüchen und Aufgaben gerecht werden kann.

Die Stiftung Wohlfahrtspflege ist eine Stiftung dieses Parlamentes. Als Vorsitzende freut es mich sehr, dass die gute Tradition dieses Hauses weiterbesteht und wir uns gemeinsam für den Fort-

bestand und für die Weiterentwicklung dieser Parlamentsstiftung einsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer will bezweifeln, dass die Aufgaben der Stiftung – die Förderung von Maßnahmen und Modellprojekten für behinderte und alte Menschen, die Hilfe für benachteiligte und von Armut betroffene Kinder sowie die schrittweise Realisierung der Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen – in Zukunft anwachsen und es hier steigenden Bedarf geben wird? Darum danke ich allen, die sich für den erhöhten Zuschuss an diese Stiftung eingesetzt haben.

(Beifall von der CDU)

Dieser Haushaltsentwurf sichert Rahmenbedingungen für eine verlässliche Sozial- und Gesundheitspolitik, und er setzt auf eine Weiterentwicklung, ohne die Leistungsfähigkeit des Staates zu überfordern. Wir werden diesem Haushaltsentwurf deswegen mit voller Überzeugung zustimmen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Monheim. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einem Bereich anfangen, den Frau Monheim eben erwähnt hat: Kommunalisierung des Themas „Sucht und Aids“. Auf der einen Seite steht die Wahrnehmung der kommunalen Spitzenverbände, der Initiativen und Verbände sowie der Oppositionsfractionen. Auf der anderen Seite gibt es eine Binnenwahrnehmung der Koalitionsfraktionen und des Ministeriums.

Herr Bischoff hat eben noch einmal versucht, den Weg zu beschreiben: Wir haben im Ausschuss zugesagt bekommen, es gäbe nur dann eine Kommunalisierung, wenn es eine Verständigung zwischen dem Ministerium, den Spitzenverbänden der kommunalen Familie sowie den Verbänden und Initiativen, die jetzt die Mittel beziehen, gibt. Diese Verständigung existiert bis heute nicht.

(Beifall von der SPD)

Trotzdem schreiben Sie diese Kommunalisierung im Haushalt vor. Das ist das erste Mal – das steht im Protokoll –, dass der Ausschuss eine Fehlinformation bekommen hat.

Das zweite Mal haben wir die Info bekommen, diese Verständigung hätte stattgefunden. Am sel-

ben Nachmittag fand der Termin statt. Dazu gab es mehrere Briefe mit dem Inhalt: Es gibt diese Verständigung nicht, sondern wir bitten um einen Aufschub von mindestens einem Jahr, bis entscheidende Fragen geklärt worden sind.

Das wussten Sie – die Briefe lagen dem Ministerium vor –, und Sie haben es uns nicht gesagt. Ich fühle mich vom Ministerium nicht nur in die Irre geführt, sondern finde es ziemlich unsäglich, was mit Abgeordneten für ein Spiel getrieben worden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn es bis heute keine Einigung gibt, obwohl es um einen Haushalt geht, der die Mittel für ein ganzes Jahr festlegt, stellt man sich die Frage: Was soll das Ganze jetzt? Wieso hat das Ministerium nicht die Stärke zu sagen: Raus aus dem Haushalt! Wir machen es im nächsten Jahr, wenn es eine Verständigung gibt!? – Dafür gibt es nur eine Erklärung. Das ist die Absicht: Wir setzen in dem Verhandlungsprozess die Verbände und die kommunalen Spitzenverbände unter Druck und sagen: Ihr müsst mit uns springen und euch mit uns verständigen. Andernfalls machen wir es eh, weil es schon im Haushalt steht. – Alles andere macht keinen Sinn und ist nicht logisch.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Initiativen, egal, ob im Sucht- oder im Aidsbereich, sagen uns: Es ist kein Gewinn. Denn es geht nicht darum, ob man den Kommunen mehr zutraut. Die Kommunen wollen es gar nicht. Sie sagen, wenn man kommunalisiert, ist doch gar nicht klar, was nach dem einen Jahr der Verständigung passiert.

Im Ausschuss haben wir auf die Frage „Was ist, wenn die eine Kommune eine Aidshilfe hat und die andere nicht?“ folgende Antwort bekommen: Die Mittel sind nicht für alle Zeiten festgeschrieben; das kann sich noch ändern. – Die kommunalen Spitzenverbände gehen also jetzt schon davon aus, dass nach dem einen Jahr der Verständigung die Gießkanne kommt und die Mittel einmal quer über das Land verteilt werden. Das heißt, alle, die jetzt Strukturen in Bezug auf Aids-hilfe und Sucht haben, werden defizitär herausgehen und müssen die Strukturen entweder mit eigenen Mitteln kompensieren – das können sie in den meisten Fällen nicht – oder abbauen.

Wir haben aber heute gewachsene Strukturen im Drogen- und Aidsbereich, nicht nach dem Prinzip „Wer will noch ein paar Verbände und Initiativen haben?“, sondern nach dem Prinzip: Wo ist es notwendig, diese Hilfsstrukturen anzubieten? Sie

rennen also wissentlich in ein Verfahren, in dem notwendige Strukturen perspektivisch abgebaut werden. Das ist nur Augenwischerei, damit im nächsten oder übernächsten Jahr der Rotstift angesetzt werden kann und nicht Sie als Ministerium schuld sind, sondern damit Sie den Schwarzen Peter Ihren CDU-Kommunen in die Schuhe schieben können. Das finde ich unsäglich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Außerdem geben Sie alles, was Sie in dem Bereich an Landessteuerung haben, aus der Hand. Natürlich wissen die Kommunen, was sie vor Ort wollen. Aber was ist mit den Aufgaben, die kommunal übergeordnet stattfinden müssen? Was ist mit den Vernetzungsaufgaben in bestimmten Bereichen? Was ist mit sehr speziellen Aufgaben im Bereich der Drogenhilfe und der Sucht? Dort gibt es manches, was nicht in jeder Kommune und jeder Beratungsstelle gebraucht wird. Das muss dann keiner mehr wahrnehmen, auch wenn neue Probleme auftreten.

Das Land kann nicht mehr sagen: Kümmert euch bitte um dieses oder jenes Problem! Wenn wir Zunahmen bei der Sucht in den Schulen haben, kann das Land nicht mehr sagen: Liebe Kommunen, macht das zu eurer Hauptaufgabe! – Wir können gar nichts mehr; wir geben die Steuerung aus der Hand. Das ist ein Armutszeugnis für einen Minister, dass er lieber die anderen politisch entscheiden lassen will, als die Verantwortung weiter selber zu tragen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein letztes Stichwort: Auch die Trägerpluralität ist nicht sichergestellt. Wir wissen überhaupt nicht, wie die Trägerlandschaft später einmal aussehen wird. Auch da werden wir erhebliche Probleme haben.

Sie hätten in diesem Haushalt klären müssen – vieles andere haben Sie korrigiert –, was Sie im Suchtbereich mit den Landesverbänden der Selbsthilfe, was Sie mit der YES-Selbsthilfe machen, die Sie finanziell vor die Wand gefahren haben. Aus den Folgen des letzten Jahres hätten Sie politische Konsequenzen ziehen müssen. Aber die Stärke haben Sie nicht gehabt.

Über die Stiftung Wohlfahrtspflege haben wir schon gesprochen. Es ist nett, dass das korrigiert worden ist. Allerdings ist zumindest der Deckungsvorschlag, den Sie, bezogen auf diese 2,041 Millionen € der Stiftung Umwelt und Entwicklung, vorlegen, absolut unseriös.

(Beifall von der SPD)

Erstens kann dort keine Summe von 2 Millionen € gekürzt werden, und zweitens ist es politische Dummheit, die Mittel so zu kürzen, weil man damit einen sehr wichtigen Bereich einer Stiftung aufgibt. Die Kirchen sagen als Kronzeugen ganz klar, in welche Richtung es laufen müsste. Frau Monheim, eine Stiftung gegen die andere Stiftung auszuspielen, ist auch bei einer Stiftungsvorsitzenden kein Punkt, den man lobend erwähnen kann. Auch das finde ich grotesk und nicht akzeptabel.

Man kann sich auch andere Bereiche anschauen. So sagen Sie in Bezug auf die Altenpflege: Alles wunderbar; alles bestens; toll. – Nein, dort ist nicht alles toll. Sie haben schon im Jahr 2006 die Bereiche „Neue Wohnformen“ und „Modellhafte Projekte“ gestrichen und heruntergefahren. Nach einem Jahr merken wir jetzt, dass wir diese Mittel dringend bräuchten. Schließlich schreien auch Sie immer laut: Ambulant vor stationär!

Alles das, was in diesem Zusammenhang notwendig wäre und vom Land angeschoben werden müsste, tun Sie an dieser Stelle aber nicht. Sie stecken den Kopf in den Sand und sagen: Wir als Land Nordrhein-Westfalen geben dort keine Mittel hinein.

Andere Bundesländer, die dies früher nicht gemacht haben, als wir es getan haben, sind jetzt auf den Trichter gekommen und fangen an, in diese Bereiche zu investieren. Wahrscheinlich soll NRW nicht nur seine Vorreiterrolle verlieren, die es zu unserer Zeit innehatte, sondern sogar zum Schlusslicht werden. Auch das halte ich für ein massives Defizit. Hier hätte das Land Geld in die Hand nehmen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Monheim, Sie wissen selber, dass Sie die Pro-Kopf-Finanzierung für die Fachseminare im Rahmen der Altenpflegeausbildung absenken. Das bedeutet einen Abbau von Ausbildung. Sie brauchen nicht auf der einen Seite 90 Millionen € in die Hand zu nehmen, um 3.000 Ausbildungsplätze zu schaffen, wenn Sie auf der anderen Seite gleichzeitig die Zahl der Ausbildungsplätze im Altenpflegebereich reduzieren. Aufgrund Ihrer Absenkung der Pro-Kopf-Finanzierung von 317 auf 280 € müssen die Fachseminare nämlich schließen, weil sie sich darüber nicht finanzieren können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein großer Teil Ihrer Ausführungen zur Gesundheit bezog sich auf die Krankenhäuser, Frau Monheim. Auch da muss ich Folgendes sagen:

Als Sie hier in der Opposition waren, haben Sie doch angemahnt, die Situation in Nordrhein-Westfalen sei grottenschlecht und katastrophal; wir müssten viel mehr Geld in die Hand nehmen und Zahlen wie Bayern erreichen. Sie müssen sich an Ihren eigenen Ansprüchen messen lassen. Im Verhältnis zu Ihren eigenen Ansprüchen haben Sie bei der Krankenhausfinanzierung kläglich versagt.

(Beifall von Frank Sichau [SPD])

Zwar haben Sie den Bewilligungsstopp wieder zurückgenommen. Damit sind Sie aber gerade auf dem Niveau, auf dem Rot-Grün war – für das Sie uns jahrelang kritisiert haben und gesagt haben, wir müssten wegen unserer Finanzierung in Schutt und Asche gehen. Versuchen Sie doch endlich einmal, Ihre eigenen Forderungen auch umzusetzen, anstatt das Ganze hier schönzureden!

Jetzt rührt der Minister im Bund die Werbetrommel dafür, bei der Gesundheitsreform die Kürzung der Krankenhausfinanzierung um 1 % wieder zu streichen. Das finde ich inhaltlich richtig. Wenn man damit Erfolg haben will, muss man aber einen Deckungsvorschlag machen, Herr Minister. Ihr Vorschlag ist ja ganz nett. Er dient aber ein Stück weit der Ablenkung von der eigenen defizitären Krankenhauspolitik.

Im Übrigen sieht man an dieser Stelle, dass jedes Bundesland mit seinem eigenen Räppelchen auftritt. So kann es nicht funktionieren. Schaffen Sie ein geschlossenes Konzept für eine Krankenhausfinanzierung und eine Krankenhauspolitik! Dann ist das, was Sie im Bund veranstalten, auch glaubwürdig und wird nicht unbedingt als Ablenkungsmanöver wahrgenommen.

Ansonsten sind die Gesundheitspolitik im Land und die Verteilung der Landesmittel an vielen Stellen auch ein Witz. Im letzten Jahr haben Sie die Koordinierungsstellen Frauengesundheit gestrichen und die entsprechenden Aufgaben an das LÖGD übertragen. Das LÖGD durfte im Ausschuss nicht berichten. Es durfte uns nicht erzählen, wie es diese Aufgaben wahrnimmt. Im nächsten Schritt wollen Sie das LÖGD jetzt mit dem Landesarbeitsschutz zusammenlegen und das Ganze dann auch noch privatisieren.

Auch hier fahren Sie – wegen einer angeblichen Verwaltungsstrukturreform und eines angeblichen finanziellen Bonusses – einen ganzen inhaltlichen Bereich vor die Wand. Man sieht überall, wie dringend notwendig es gewesen wäre, die Koordinierungsstellen wieder einzurichten und Ihre Kürzungen wieder zurückzunehmen.

Schauen Sie sich alleine das Präventionskonzept des Landes Nordrhein-Westfalen an, das wir bei der letzten Gesundheitskonferenz diskutiert haben. In diesem Präventionskonzept gibt es überhaupt keinen geschlechterdifferenzierten Ansatz – nichts, gar nichts. Frauen kommen in der Rolle als gebärende Mütter vor. Auch dort wird aber noch nicht einmal mehr das Problem der Frauen betrachtet. Alle anderen Bereiche, die wir in der Enquetekommission des Landtags über eine ganze Legislaturperiode erarbeitet haben, fallen hinten herunter und interessieren nicht, obwohl Nordrhein-Westfalen im Bundeskonzert damit eine Vorreiterrolle einnehmen könnte.

Ich habe das bei der Gesundheitskonferenz thematisiert. Die Experten und Expertinnen haben mir zugestimmt. Sie sind hinterher zu mir gekommen und haben gesagt, dass Nordrhein-Westfalen hier eine katastrophale Politik macht. Die Äußerungen und Antworten, die dort vom Staatssekretär kamen, waren der größte Lacher. Von daher muss NRW an dieser Stelle auf jeden Fall noch erheblich nachbessern.

Deswegen komme ich Ihnen in diesem Jahr ausnahmsweise nicht nur mit Kritik, Herr Minister. Sie bekommen von mir auch noch ein Weihnachtsgeschenk. Auch wenn es jetzt verpackt ist, verrate ich Ihnen, worum es sich handelt: Es ist der Frauengesundheitsbericht der Enquetekommission II der letzten Legislaturperiode. Ich hoffe, dass Sie ihn nicht nur lesen, sondern auch verstehen werden; denn wenn man diesen Bericht inhaltlich versteht und verinnerlicht, macht man eine andere Politik, weil man weiß, dass Gesundheitspolitik ohne Gender-Ansatz keine effiziente Gesundheitspolitik ist.

Ich wünsche Ihnen mit diesem Geschenk frohe Weihnachten und hoffe, dass ich Sie im nächsten Jahr in Bezug auf die Frauengesundheit nicht mehr kritisieren muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Barbara Steffens [GRÜNE] übergibt Minister Karl-Josef Laumann ein Päckchen.)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Steffens. – Herr Dr. Romberg für die FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Steffens hat den Minister nicht nur beschenkt. Vorher hat sie ihn auch angegriffen, als sie gesagt hat, die Gegenfinanzierung für den Vorschlag, das Krankenhausnotopfer zu streichen, sei nicht gegeben. Die Gegenfinanzierung ist sehr einfach hinzubekom-

men: indem man im Rahmen der Bundespolitik für Verlässlichkeit sorgt und zum Beispiel nicht einfach die Zuschüsse aus der Tabaksteuer streicht, die jetzt ins Gesundheitssystem fließen. Damit hätte man das Krankenhausnotopfer sofort gegenfinanziert.

Das Problem ist, dass diese ganze Reform völlig mistig ist. Das sagt jeder Fachmann, der mit Gesundheit zu tun hat; das sagen Patienten; das sagen mittlerweile 90 % des Volkes. Deshalb wäre es – auch für den Gesundheitsstandort NRW – das Wichtigste, diese Gesundheitsreform ganz neu von vorne zu strukturieren.

Einen besonderen Stellenwert in der Landesgesundheitspolitik nimmt die Prävention ein. Prävention ist in allen gesundheitlichen Bereichen von wachsender Bedeutung. Gerade angesichts des immer größer werdenden Teils älterer Menschen ist es notwendig, den gesamten Lebensablauf in den Blick zu nehmen.

Daher ist sehr zu begrüßen, dass auch die Älteren als Zielgruppe im Landespräventionskonzept genannt werden. Hinzuweisen ist auf den Gesundheitspreis der Landesinitiative „Gesundes Land NRW“, mit dem ein Projekt zur Hilfe für Kinder und Familien in Risikolagen ausgezeichnet worden ist, ebenso wie auf ein Projekt zur Vermeidung von Stürzen und zum Erhalt von Mobilität im Altenheim, das den zweiten Preis erhielt, sowie ein Projekt zur Förderung von Gesundheit bei Migrantinnen und Migranten.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

In den Bereichen Sucht, Drogen und Aids, ebenfalls Themenfelder von Prävention, ist es wichtig, die gesellschaftliche Stigmatisierung weiter zurückzuführen. Es ist deshalb wichtig, dass gerade in dem Bereich eine nur geringfügige Reduzierung im Haushalt zu verzeichnen ist. Gerade die Weiterführung der Aids-Hilfen und des Aids-Hilfe-Landesverbandes sowie die Arbeit der Youth Worker können unvermindert fortgeführt werden.

Die jüngsten Zahlen über die HIV-Neuinfektionen zeigen, dass diese Entscheidung richtig und wichtig ist, um die gefährdeten Zielgruppen zu erreichen. Dazu gehören vor allem schwule Männer, aber auch Frauen gerade aus der Gruppe der Migranten.

Neu ist die fach- und zweckbezogene Pauschalförderung der Kommunen, die von der Opposition gerade kritisiert worden ist. Sie ist gut geeignet, Planungs-, Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten zu verbessern. Natürlich ist die Qualitätskontrolle vor Ort immer noch die beste Lösung.

Die Menschen vor Ort in der Gemeinde sehen am ehesten, ob ein Träger vernünftige Suchtprävention macht, gute Arbeit in der Drogenhilfe leistet. Dort ist die Kontrolle. Sie glauben doch nicht, dass das alles zentral durch ein Landesministerium kontrolliert werden kann und damit eine größere Kontrolle vorliegt!

Ein bedeutsames Anliegen von CDU und FDP ist auch die Weiterentwicklung im Bereich der Hospizdienste und der Palliativversorgung in NRW. Das Rahmenprogramm zur flächendeckenden Umsetzung der ambulant-medizinischen und ambulant-pflegerischen Versorgung als kooperatives, integratives Versorgungskonzept soll als Grundlage für den Abschluss örtlicher Vereinbarungen dienen.

Hinzuweisen ist außerdem auf die Weiterfinanzierung des Krebsregisters in NRW, das dazu beitragen wird, die Versorgungsqualität im Rahmen der Krebsbehandlung zu verbessern und darüber hinaus Erkenntnisse für die Früherkennung zu optimieren.

Der Krankenhausbereich ist kritisiert worden. Die Landesregierung ist nicht gelobt worden, obwohl sie deutlich mehr Geld ausgibt, als die rot-grüne Landesregierung in den letzten Jahren zur Verfügung gestellt hat. Wenn es ein Sonderprogramm in Höhe von 40 Millionen € gibt, ist das nicht Spielgeld des Ministers, sondern damit kann themenspezifisch in der Krankenhauslandschaft wirklich konkret gefördert werden. Das ist gut und richtig so.

Angesichts der knappen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, ist das Geld für eine zukunftsorientierte Strukturmaßnahme und eine zeitgemäße, effektive Gesundheitsversorgung gut investiert. Als Beispiel dient etwa die Weiterentwicklung der Telematik. Dies ist für die Sicherung des Gesundheitsstandortes NRW ein Schlüsselbereich.

In Bezug auf die Pflege werden die niedrigschwelligen Angebote für Menschen mit Demenz unverändert weitergeführt. Das gilt ebenso für die Förderung der pflegerischen Infrastruktur, was angesichts des demografischen Wandels auch dringend erforderlich ist, um gerade ältere Menschen beim Erhalt ihrer Selbstständigkeit zu unterstützen und Umzüge in ein Heim zu vermeiden.

Erfreulich ist – die Kollegen haben es schon zusammengefasst – der Erhalt der Arbeit der Stiftung Wohlfahrtspflege. Frau Steffens, es ist kein Ausspielen einer Stiftung gegen eine andere.

(Zuruf von der SPD: Doch!)

Wenn finanzielle Mittel begrenzt sind, ist es wichtig, dass Menschen in politischer Verantwortung Prioritäten setzen.

(Beifall von der FDP)

Wir setzen Prioritäten für benachteiligte Menschen und denken,

(Unruhe von der SPD)

dass in diesem Bereich das Geld richtiger angelegt ist als in manch fragwürdiger Umweltmaßnahme, die in der Vergangenheit finanziert worden ist.

(Zuruf von der SPD: Was sagt der Ministerpräsident dazu?)

Zu den Änderungsanträgen von SPD und Grünen insgesamt ist zu sagen, dass sie viel Geld zusätzlich ausgeben wollen, die Gegenfinanzierung allerdings fehlt, wir aber nicht unendlich viel Geld ausgeben können, weil wir einen Schuldenstand übernommen haben. NRW muss sich konsolidieren. Das müssen wir auch in diesem Bereich. Deshalb können wir nicht jede Aufgabe finanzieren, die vielleicht gut und sinnvoll ist.

Dennoch bleiben wir ein Land mit einer Koalition, die sozial verantwortlich regiert. Das ist mit diesem Haushalt gesichert. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. – Jetzt hat für die Landesregierung Herr Minister Laumann das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziel der Landesregierung im Gesundheitswesen ist eine effiziente und effektive medizinische Versorgung. Dabei wollen wir die Wirtschaftlichkeit und die Qualität im Interesse der Patientinnen und Patienten gleichermaßen verbessern.

Dieses trifft in besonderem Maße auf den Krankenhausbereich zu. Ich möchte gleich zu Beginn meiner Ausführungen auf diesen wichtigen Bereich zu sprechen kommen: Wir haben in unserer Kliniklandschaft in Nordrhein-Westfalen eine gute Grundstruktur, die wir sichern müssen. Dabei dürfen wir aber nicht das Grundanliegen, nämlich die notwendigen Reformen unseres Gesundheitswesens, aus den Augen verlieren.

Im Krankenhausbereich haben wir aber auch erhebliche Überkapazitäten in der stationären Versorgung und strukturelle Schwächen im Kranken-

hausangebot. Das hat auch schon die Vorgängerregierung erkannt.

In der Krankenhausplanung müssen wir grundlegende Weichenstellungen vornehmen. Wir müssen eine neue Balance zwischen einem staatlichen Ordnungsrahmen für die Krankenhäuser und der unternehmerischen Eigeninitiative der Krankenhausträger finden. Um diesen Prozess zu stützen, werden wir das Krankenhausgesetz Nordrhein-Westfalens weiterentwickeln.

Die Haushaltsansätze 2007 für den Krankenhausbereich stellen sich wie folgt dar: 2007 wird es wieder ein Investitionsprogramm geben.

Dafür sind im Entwurf des Haushaltsplanes Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 100 Millionen € vorgesehen. Barmittel zur Finanzierung bereits bewilligter Maßnahmen sollen 2006 in Höhe von 170 Millionen € zur Verfügung stehen.

(Frank Sichau [SPD]: 2006?)

Neben dem IP 2007 sollen weitere 40 Millionen € Barmittel und 20 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen in einem Sonderprogramm für herausragende Projekte zur Verfügung gestellt werden. Die Zielkriterien werden in Kürze veröffentlicht.

Bei der Finanzierung kurzfristiger Anlagegüter wird der Mittelansatz gegenüber dem Jahr 2006 nicht verändert. Im Rahmen der Weiterentwicklung des KHG soll eine auf die Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses bezogene Bemessungsgrundlage bestimmt werden. Zurzeit werden verschiedene Verfahren bewertet. Die Bezugsgröße Bett wird es jedenfalls nicht mehr sein.

Die Ausgaben für den Maßregelvollzug sind mit insgesamt 230 Millionen € um 18 Millionen € niedriger veranschlagt als im Jahr 2006. Die Mittel für die laufenden Betriebskosten steigen um gut 2 Millionen € auf insgesamt 183,1 Millionen €. Dieser Haushaltsrahmen ist sehr eng. Das ist keine Frage. An der Haushaltskonsolidierung führt aber kein Weg vorbei. Darüber bin ich mir mit den Landesdirektoren ebenso einig wie über die wesentlichen Handlungsfelder:

erstens: Umkehr der Vollstreckungsreihenfolge, zweitens: vermehrter Nachteilschluss, drittens: sichere und kostengünstige Langzeitunterbringungen, viertens: wirtschaftliche Stationsgrößen.

Die Bauausgaben für neue Kliniken und in den bestehenden Einrichtungen bleiben mit 43 Millionen € unverändert. Auch hier bewegen wir uns in einem sehr engen Gesamtkostenrahmen.

Im Gesundheitswesen stehen wir vor großen Herausforderungen. Diese lassen sich nicht nur durch ein deutlich verstärktes Engagement im Präventions- und Gesundheitsförderbereich bewältigen. Im Vordergrund stehen erstens das Programm „Gesundheit von Mutter und Kind“ und zweitens die Förderung des Nichtrauchens bei Kindern und Jugendlichen.

Für das derzeit umgesetzte Präventionskonzept des Landes sind 280.000 € vorgesehen. Haushaltsmittel sind also in gleicher Höhe eingeplant wie im Vorjahr.

In der Sucht- und Drogenpolitik setzen wir gezielt auf Prävention bei Minderjährigen. Trotz unverändert schwieriger Haushaltslage des Landes ist der Sucht- und Drogenbereich von weiteren Mittelkürzungen ausgenommen worden. Es stehen 11,4 Millionen € zur Verfügung.

Im Aidsbereich kommt es ebenfalls zu keinen Einschnitten bei der Landesförderung. Hier sind 3,47 Millionen € veranschlagt. Im Aidsbereich sowie im Sucht- und Drogenbereich werden wir die Landesförderung kommunalisieren. Damit wollen wir die örtlichen Planungs-, Handlungs- und Steuerungsfähigkeiten stärken. Zugleich soll die Effizienz der Landesmittel zielgenauer an den Bedürfnissen der Betroffenen ausgerichtet werden.

Wenn die Debatte heute deutlich gemacht hat, dass wir einen grundsätzlichen Unterschied zwischen der Regierung und den Regierungsfractionen sowie der Opposition haben, dann muss ich das zur Kenntnis nehmen. Aber die Wahrheit ist doch: Diese Landesregierung hat schon im Wahlkampf gesagt, dass wir eine Rekommunalisierung dieses Landes wollen.

Das Land ist an einer Drogenberatungsstelle nur noch zu 25 % an den Kosten beteiligt. 75 % der Kosten werden ohnehin von den Kommunen aufgebracht. Dann ist es doch auch richtig, den kommunalen Handlungsspielraum zu erhöhen. Das ist doch genau das, was wir uns vorstellen: Vertrauen zu denjenigen zu haben, die die Politik in den Städten und Gemeinden gestalten. – Sie sollten als Abgeordnete des Landtags nicht die Arroganz haben, zu glauben, dass die Kommunalpolitiker das nicht können.

Ich glaube schon, dass es eine richtige Entscheidung zur politischen Weichenstellung ist. Wenn Sie diese streitig stellen, ist es umso besser. Dadurch werden Profile und unterschiedliche Politikbilder in diesem Land deutlich.

In Nordrhein-Westfalen leben 2,3 Millionen Menschen mit Behinderungen. Davon sind 1,64 Millio-

nen schwerbehindert. Auch im nächsten Haushalt wird es im Behindertenbereich keine Abstriche geben. Der Haushaltsansatz in Höhe von 4,4 Millionen € für die gesellschaftliche Integration von behinderten Menschen wird beibehalten.

Diese Mittel reichen weiterhin aus, um das behindertenpolitische Programm „Teilhabe für alle“ umzusetzen. Das Kabinett hat dem Programm gestern zugestimmt. Wir möchten Menschen mit Behinderung ein möglichst selbstbestimmtes und eigenständiges Leben ermöglichen. Niemand in unserem Land soll vergessen werden. Behindertenpolitik ist Querschnittsaufgabe zu allen Politikfeldern. „Teilhabe für alle“ ist deshalb ein Programm der gesamten Landesregierung. Alle Ressorts haben sich engagiert und konstruktiv an der Erarbeitung beteiligt. Dafür möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen herzlich bedanken.

Es freut mich, dass der Ansatz der Stiftung Wohlfahrtspflege im Jahr 2007 insgesamt 26,6 Millionen € betragen soll. Die Wohlfahrtsverbände erhalten in diesem Land Planungssicherheit. Im Jahr 2006 habe ich mit den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege einen neuen Zuwendungsvertrag für den Zeitraum von drei Jahren – bis zum Jahr 2008 – abgeschlossen.

Auch mit dem Zuschuss für das Jahr 2007 werden die Verbände bei der Erfüllung ihrer Beratungs- und Koordinierungsaufgaben vom Land vor allen Dingen bei der Mitwirkung an der Modernisierung sozialer Dienstleistungsstrukturen vor Ort und im ehrenamtlichen Bereich unterstützt.

Der Altenpflegeausbildung stehen mit dem von mir gestarteten 1.000-Plätze-Programm insgesamt 8.587 landesgeförderte Schulplätze zur Verfügung. Auch im Jahr 2007 wird jeder Schulabgänger, der einen Ausbildungsplatz bekommt, einen Schulplatz erhalten.

Insgesamt befinden sich in Nordrhein-Westfalen zurzeit etwa 10.000 Schülerinnen und Schüler in der Altenpflegeausbildung. Damit leistet die Altenpflege einen wesentlichen Beitrag, um junge Menschen in eine zukunftsweisende Ausbildung zu vermitteln.

Ich freue mich sehr, dass es uns in der Pflegepolitik gelungen ist, trotz der insgesamt sehr angespannten Lage Haushaltsmittel in gleicher Höhe wie im Vorjahr zur Verfügung zu stellen.

Vor diesem Hintergrund wird es möglich sein, die vielfältigen Initiativen zur Weiterentwicklung der Pflege demenzkranker Menschen fortzusetzen, die in der Landesinitiative „Demenzservice NRW“ gebündelt sind.

Das Ziel, durch eine Entbürokratisierung der Versorgungsstrukturen für mehr Zeit in der Pflege zu sorgen, werde ich auch im kommenden Jahr konsequent weiterverfolgen. Dafür werde ich mich insbesondere bei den anstehenden Reformen der Pflegeversicherung und bei der Entwicklung des Heimgesetzes in Nordrhein-Westfalen einsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung zum Einzelplan 11.

Wir kommen zu den **Abstimmungen zum Einzelplan 11**. Das sind zunächst die Änderungsanträge Nummern 21 bis 30 in der Ihnen bereits bekannten Tischvorlage.

Wir beginnen mit Nummer 21, **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN **Drucksache 14/3254**. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen **abgelehnt**.

Laufende Nummer 22, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3255**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der Änderungsantrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 23, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3256**. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Dieser Änderungsantrag ist auch **abgelehnt**.

Laufende Nummer 24, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3257**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Bündnis 90/Die Grünen und die SPD. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 25, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3258**. Wer ist dafür? – Die Grünen und die SPD. – Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Die laufende Nummer 26, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3259**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Die laufende Nummer 27, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3260**. Wer ist dafür? –

Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Der Änderungsantrag ist mit Mehrheit **abgelehnt**.

Die laufende Nummer 28, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3261**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist der Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Laufende Nummer 29, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3262**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Laufende Nummer 30, **Änderungsantrag** der Grünen, **Drucksache 14/3263**. Wer ist dafür? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – Die CDU und die FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Der Änderungsantrag ist **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt ab über den **Einzelplan 11** entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/3011**. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CDU und die FDP. Wer ist dagegen? – Die SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind die Beschlussempfehlung und der Einzelplan 11 **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wir kommen zum **Einzelplan 04**:

Justizministerium

Ich eröffne die Beratung und weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/3004. Es gibt hier nur einen Änderungsantrag, nämlich von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der laufenden Nummer 31, den wir später aufrufen.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung. Es liegt eine Reihe von Wortmeldungen vor. Es wäre schön, wenn wir zügig weiterkämen. Das haben Sie alleine in der Hand.

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Sichau das Wort. Bitte schön.

Frank Sichau (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über eines haben wir heute im Laufe der Haushaltsdebatte öfter geredet, und zwar über die Finanzsituation des Landes und besonders über die dankenswerterweise erhöhten Steuereinnahmen, die auch zum Nachtragshaushalt geführt haben.

Nun kann man – das ist auch in der Diskussion häufiger zur Sprache gekommen – nicht nur über die Absenkung der Nettoneuverschuldung debattieren, sondern auch über die Überwindung von Engpässen, insbesondere im Rahmen des Einzelplans 04, des Justizhaushaltes. Herr Biesenbach, ich erinnere mich gut daran, dass wir in der vergangenen Legislaturperiode über diese Fragestellung häufig debattiert haben. Denn der Justizhaushalt ist natürlich schon seit längerer Zeit sozusagen auf Kante genäht.

Sie haben nach der Landtagswahl zunächst Ihre früheren vollmundigen Zusagen schlichtweg vergessen und gebrochen. Der schreckliche Mord in der JVA Siegburg war Anlass, mit der zweiten Ergänzungsvorlage sogenannte Sofortmaßnahmen in der Justiz vorzusehen, die allerdings nicht alleine dem Jugendstrafvollzug dienen werden. Ich werde mich in meiner heutigen Rede weitgehend darauf konzentrieren. Viele andere Dinge haben wir bereits im Ausschuss debattiert und entsprechend darüber votiert.

Zuvor noch ein Wort zu den vielgenannten kw-Vermerken im Justizhaushalt, insbesondere beim AVD, aber auch anderswo. Fairerweise sollten – ich betone: fairerweise – alle Beteiligten sagen, dass es sich in diesem Falle im Wesentlichen um Folgen der Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst handelt. Bitte nicht darüber hinwegtäuschen! Ich hatte in vergangenen Diskussionen häufig den Eindruck, dass das nicht berücksichtigt worden ist.

284 zusätzliche Stellen könnten nicht allein im Allgemeinen Vollzugsdienst ausgebracht werden. Abgesehen davon, dass Sie offensichtlich nicht allein dem Jugendstrafvollzug – ich habe es gerade schon angesprochen – dienen, ist in der Anhörung zur zweiten Ergänzungsvorlage deutlich zum Ausdruck gebracht worden, dass es auch Anteile für die Fachdienste wie den Sozialdienst und den psychologischen Dienst geben müsste, was Sie bedauerlicherweise nicht vorsehen.

Es besteht leider die begründete Vermutung, dass Sie die ausgebrachten Stellen im Vorgriff auf die geplanten zusätzlichen Haftplätze eingestellt haben, die dann in naher Zukunft dafür genutzt werden.

Für die wichtige externe Drogenberatung – auch hierüber ist gerade noch im Gesundheitsbereich mit einem anderen Akzent gesprochen worden –, für die wichtigen externen Drogenfachkräfte haben Sie inzwischen einen Änderungsantrag eingebracht, der nunmehr Bestandteil unserer Beratungen ist. Wir haben einen gleichen Antrag ein-